

**Möglichkeiten politischer Partizipation
von Menschen mit Migrationshintergrund
in Niedersachsen**



**Jahresrückblick der kommunalen
Migrantenvertretungen**

2019



Impressum:

Herausgeber, Verleger, Redaktionsanschrift

Niedersächsischer Integrationsrat
 Stadtstraße 17
 30159 Hannover
 Telefon: 0511 - 338 798 54
 Fax : 0511 - 338 798 42
 nds-integrationsrat@nds-integrationsrat.de
 www.nds-nir.de

Gefördert durch:



- Layout und Gestaltung: Thomas Zettelmann
- Fotos: Thomas Zettelmann Fotografie
- Deckblattfoto: ©Robert Kneschke/Fotolia.com
- Rückblattfoto: ©Thaut Images/Fotolia.com

Inhalt:

Vorwort Sozialministerin Dr. Carola Reimann	Seite 4
Vorwort Vorsitzende des NIR Galina Ortmann	Seite 5
Die Delegierten in den Gremien	Seite 7
20 Jahre BZI	Seite 9
Integration pur in Garbsen	Seite 10
114. Plenarsitzung (<i>Hamel</i> n)	Seite 11
Frauenkongress in Hannover	Seite 16
Integrationspreis der Stadt Oldenburg übergeben	Seite 17
Aufruf zur Europawahl 2019	Seite 18
Integration in Hildesheim	Seite 19
115. Plenarsitzung (<i>Osnabrück</i>)	Seite 20
Stephan Weil ehrt Ehrenamtliche	Seite 25
116. Plenarsitzung (<i>Göttingen</i>)	Seite 26
Integrationsbeirat Delmenhorst tritt dem NIR bei	Seite 29
Kooperation mit dem Nds. Städte- und Gemeindebund	Seite 31
Neuaufgabe Lokaler Integrationsplan (Hannover)	Seite 32
Integrationskonzept (Oldenburg)	Seite 33
Demokratie.Macht.Integration (Osnabrück)	Seite 33
Modellprojekt CEDAW (Göttingen)	Seite 34
Migrationsrat kann jetzt gegründet werden (Holzminden)	Seite 34
NIR ist Gründungsmitglied und Kooperationspartner des Netzwerkes Migrantinnen und Arbeitsmarkt Niedersachsen	Seite 35

Vorwort Sozialministerin Dr. Carola Reimann



Ministerin Dr. Carola Reimann

Grußwort der Niedersächsischen Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, Dr. Carola Reimann, für eine Broschüre über die Aktivitäten des NIR (Niedersächsischer Integrationsrat) in 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

wenn man über Migration und Integration diskutiert, ist es wichtig, nicht nur über die betroffenen Menschen zu sprechen, sondern sie selbst zu Wort kommen zu lassen.

Ein erklärtes Ziel der niedersächsischen Integrationspolitik ist es, Migrantenorganisationen in den politischen Dialog einzubinden. Hier ist die Unterstützung durch den Niedersächsischen Integrationsrat (NIR), unter anderem für die Ansprache der Zielgruppen, wichtig. Mir liegt besonders am Herzen, Frauen mit Zuwanderungsgeschichte stärker einzubinden, auch und gerade, wenn es um konkretes politisches Engagement geht. Daher danke ich dem Niedersächsischen Integrationsrat für seine Unterstützung, etwa bei der Werbung für das Mentoring-Programm „Frau. Macht. Politik“.

Derzeit gehören dem NIR, der 2019 sein 35-jähriges Bestehen feiern konnte, 20 Mitgliedsbeiräte an. Und da Willkommenskultur vor Ort beginnt, tragen die lokalen Integrationsbeiräte durch ihre Arbeit maßgeblich zur kommunalen Integrationspolitik bei. Sie sind gut vernetzt mit den regionalen Vereinen und Verbänden der Migrantinnen und Migranten und fördern durch gemeinsame Projekte das Miteinander, das Wissen übereinander und den kulturellen Austausch.

Der Niedersächsische Integrationsrat als Dachverband koordiniert und unterstützt diese Arbeit und arbeitet in zahlreichen Gremien und Institutionen mit. Als Niedersächsische Integrationsministerin freue ich mich auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit für ein weltoffenes Niedersachsen.

Ihre

Dr. Carola Reimann

Niedersächsische Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Vorwort der Vorstandsvorsitzenden



NIR-Vorsitzende Galina Ortman

Liebe Mitglieder des Niedersächsischen Integrationsrates,

als Vorstandsvorsitzende möchte ich die Ergebnisse der Arbeit des NIR im Jahr 2019 bilanzieren und einen Blick voraus auf das Jahr 2020 werfen. Gemeinsam haben wir aus meiner Sicht viel erreicht und blicken deshalb auf ein erfolgreiches Jahr zurück.

1. Stärkung der Position des NIR in der migrationspolitischen Landschaft in Niedersachsen

Für das Grußwort zur Eröffnung der 116. Plenarsitzung in Göttingen im November 2019 konnten wir die Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, Frau Dr. Carola Reimann, gewinnen. Da vor 35 Jahren der Vorläufer des NIR als „Arbeitsgruppe Kommunale Ausländervertretungen Niedersachsen“ (AG KAN) in Göttingen gegründet wurde, hatten wir somit gleichzeitig eine wichtige Persönlichkeit aus der Politik zu Gast, die uns im Namen der Landesregierung zum Jubiläum gratulierte.

Auf der Mitgliederversammlung in Göttingen konnten wir die zwei Delegierten des Integrationsbeirates der Stadt Delmenhorst als neues Mitglied begrüßen. Wir freuen uns sehr darüber, mit Ewa Brüggemann und Pedro Benjamin Becerra zwei kompetente und sympathische Kolleg*innen dazugewonnen zu haben

Im Dezember 2019 haben Rundfunkratsdelegierter Fikret Abaci und ich im Auftrag des Vorstandes an der Gründung des Migrationsrates des Landkreises Holzminden mitgewirkt (siehe Anhang). Wir hoffen, den Migrationsrat des Landkreises Holzminden bald als Mitglied des NIR begrüßen zu dürfen. Weitere Gespräche zur Vorbereitung eines Beitritts führe ich mit Vertreter*innen der Stadt Wolfsburg und des Landkreises Osnabrück.

Die auf der Mitgliederversammlung im März 2019 in Hameln verabschiedeten Positionspapiere zu den Themen Rechtspopulismus, Sprachförderung und Finanzierung von Busfahrkarten in Oldenburg hat Mustafa Yalcinkaya als Delegierter in die Landtagskommission für Migration und Teilhabe eingebracht.

2. Festlegung der Arbeitsschwerpunkte des NIR in den Jahren 2019-2021

In der Mitgliederversammlung im Juni 2019 in Osnabrück wurden auf Vorschlag des Vorstands Arbeitsgruppen zu folgenden Schwerpunkten gegründet, deren erste Ergebnisse in Göttingen vorgestellt und diskutiert wurden:

- Antirassismus, Extremismus-Prävention und Demokratieförderung
- Politische Teilhabe und Arbeitsmarktintegration von Frauen
- Formulierung eines Entwurfs für ein Landespartizipations- und Teilhabegesetz
- Politische Lobbyarbeit zur Verankerung der Migrations- und Integrationsbeiräte bzw. Integrationsausschüsse in die Niedersächsische Kommunalverfassung

Der NIR arbeitet über seine Delegierten im Landespräventionsrat seit zwei Jahren mit Stimmrecht im Praxisbeirat der Steuerungs-AG des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus - für Demokratie und Menschenrechte - mit. In diesem Gremium hat Dang Chau Lam als Vorstandsmitglied betont, dass die aus diesen Erkenntnissen resultierenden Initiativen und Projekte weiterhin gefördert und die Prävention gegen Hass, Hetze und Gewalt in allen gesellschaftlichen Bereich noch viel stärker ausgebaut werden sollte.

- Bildung

Bei unseren Delegierten im Landesschulbeirat, Bernadette Zettelmann und Joaquim Braga, bedanken wir uns für den Entwurf bzw. die Aktualisierung des Positionspapiers zum Thema Bildung. Sie werden diesen Schwerpunkt weiterhin steuern und freuen sich über eine aktive Mitarbeit von weiteren Delegierten.

- Erarbeitung eines NIR-Forderungskatalogs

Wie bereits bei der Plenarsitzung in Göttingen angekündigt, werde ich langfristige Positionen und Forderungen wie z. B. das Kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige oder die Interkulturelle Öffnung der Verwaltung zusammen mit den neuen, in den Arbeitsgruppen formulierten Texten zu einem Forderungskatalog des NIR zusammenfügen. Er kann als Grundlage für Gespräche mit der Landesregierung und den demokratischen Parteien im Landtag dienen.

3. Netzwerkarbeit, strategische Kooperationen und Bündnisse

Auf meine Initiative hin sind wir vor den Europawahlen im Mai 2019 als Verband dem Bündnis „Niedersachsen für Europa“ beigetreten: <https://nfe.niedersachsen.de/startseite/>

In einem Gespräch mit dem Präsidenten des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes Dr. Marco Trips und Geschäftsführer Oliver Kamlage, u.a. zuständig für Integration, Zuwanderung, Verfassungs-, Asyl- und Ausländerrecht, haben Ralf Sabelhaus als Experte für Kommunalverwaltungen, NIR-Geschäftsführer Achim Weber und ich Standpunkte zur aktuellen Integrationspolitik auf Landes- und kommunaler Ebene ausgetauscht.

Schwerpunkthemen in diesem Gespräch im November 2019 waren ein Migrations- und Teilhabegesetz, Aufgabe, Stellung und wichtige Funktion der Migrationsbeiräte sowie die Frage, wie die Behörden auf die Veränderungen in der Gesellschaft und der Bevölkerungszusammensetzung in Städten und Gemeinden in Niedersachsen konzeptionell reagieren. Darüber hinaus wurde vereinbart, sich weiterhin über wesentliche zukünftigen Veränderungen in der Integrationspolitik auszutauschen.

Im Frühjahr 2019 wurde das NeMIA-Netzwerk gegründet, in dem u.a. das Sozialministerium, der DGB und der NIR Kooperationspartner sind. Als NIR-Vorsitzende habe ich im Oktober 2019 an der Talkrunde der Verbände teilgenommen. In dieser Runde wurden die besonderen Kompetenzen und Potentiale von Frauen mit Migrationsbiografie und notwendige politische Schritte diskutiert, um deren bessere Integration in den Arbeitsmarkt zu erreichen.

Die meisten Berührungspunkte ergeben sich für mich als Vorsitzende des NIR in der Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium. Der NIR wirkt im Rahmen des Mentoring-Programms „Frau. Macht. Demokratie“ bei der Förderung von zukünftigen Mandatsträgerinnen auf kommunaler Ebene als strategischer Kooperationspartner mit. Wir haben das Programm beworben und explizit Frauen mit Migrationsgeschichte angesprochen.

Im Rahmen des Frauenpolitischen Forums im Sozialministerium arbeitet der NIR mit landesweiten Frauenverbänden, kommunalen Spitzenverbänden und frauenpolitischen Sprecherin der demokratischen Parteien zusammen, um berufliche, soziale und politische Perspektiven von Frauen stärker in den Fokus zu nehmen und Initiativen und Projekte in den Kommunen zu unterstützen.

Wir wünschen uns mit Blick auf die nächste Kommunalwahl im Jahr 2021, dass sich Frauen mit Zuwanderungsgeschichte häufiger politisch engagieren und in den Stadträten und Kreistagen zukünftig angemessen vertreten sind. Deswegen hat die Frauengruppe des NIR eine aktive Rolle übernommen und hat im Blick auf Kommunalwahl 2021 ein eigenes kleines Programm aufgelegt, die sich sowie an Frauen als auch Männer mit Zuwanderungsgeschichte richtet.

4. Bundesebene

Als Schwerpunktverantwortliche bin ich seit 2017 im Rahmen der Bundeskonferenz der Migrantenorganisationen verantwortlich für die Ausarbeitung eines Bundespartizipationsgesetzes. Außerdem wirke ich im Zusammenhang mit der Fortentwicklung des Nationalen Aktionsplan Integration der Bundesregierung in folgenden Gremien mit:

- BMI/BMFSFJ: Beratungsangebote in der Phase II - „Phase der Erstintegration - Ankommen erleichtern - Werte vermitteln“
- BMI/bpb: „Politische Bildung und Partizipation in Parteien und Gremien“ und „Interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes“
- BMEL „Besondere Herausforderungen der Integration in ländlichen Räumen“
- BMFSFJ: „Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt“ und „Antidiskriminierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“
- BMI/bpb: „Politische Bildung und Partizipation in Parteien und Gremien“ und „Interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes“
- BMAS: „Integration in den Arbeitsmarkt“

5. Ausblick 2020

Am 07./08. März treffen wir uns zur Vorstellung und Diskussion des Lokalen Integrationsplans der Landeshauptstadt Hannover im Hodlersaal des Neuen Rathauses. Die übernächste Fachtagung des NIR am 06./07. Juni in Alfeld im Landkreis Hildesheim werden wir dem Thema „Herausforderungen der Integration in ländlichen Räumen“ widmen.

Ich möchte mich bei allen Delegierten und den aktiven Geschäftsführer*innen für die konstruktive Zusammenarbeit in diesem Jahr ganz herzlich bedanken und wünsche euch ein friedliches, gesundes und glückliches Jahr 2020!

Galina Ortmann
Vorsitzende des NIR



Achim Weber
(Geschäftsführer des NIR)

Stellvertretende Vorsitzende des



Stellvertreter/innen: **Antonia Martin Sanabria** (Osnabrück), **Lucy Grimme** (Lüneburg), **Dr. Gülşan Yalçın** (Göttingen), **Dang Chau Lam** (Hannover)



Niedersächsischer Integrationsrat
Geschäftsstelle Bildungsverein
Stadtstraße 17, 30159 Hannover
Tel.: 0511 338 798 54
Fax: 0511 338 798 42
nir@bildungsverein.de
www.nds-nir.de

Delegierte in den Gremien (Stand: 31.12.2019)

Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe des Niedersächsischen Landtags:

Mustafa Yalcinkaya (Stadt Garbsen); Vertretung: Lucy Grimme (Landkreis und Hansestadt Lüneburg)

NDR-Rundfunkrat:

Fikret Abaci (Stadt Salzgitter)

Landespräventionsrat:

Ahmet Özcan (Landkreis Hameln-Pyrmont); Vertretung: Dang Chau Lam (Landeshauptstadt Hannover)

Landesfrauenrat:

Galina Ortmann (Stadt Hildesheim); Vertretung: Dr. Gülşan Yalçın (Stadt Göttingen)

Frauenpolitisches Forum des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Galina Ortmann (Stadt Hildesheim), Dr. Gülşan Yalçın (Stadt Göttingen)

Landesschulbeirat:

Joaquim Ferreira Alves Braga (Stadt Wunstorf), Bernadette Zettelmann (Stadt Garbsen)

Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat:

Hamidou Bouba (Stadt Langenhagen), Dang Chau Lam (Landeshauptstadt Hannover), Galina Ortmann (Stadt Hildesheim), Mustafa Yalcinkaya (Stadt Garbsen); Vertretung: Cecilia Ramirez (Stadt Oldenburg)

Mitgliedsbeiräte (Stand 31.12.2019)

- | | |
|---|--|
| 1. Stadt Bad Pyrmont, Integrationsrat | 11. Stadt Langenhagen, Integrationsbeirat |
| 2. Stadt Braunschweig, Integrationsausschuss | 12. Landkreis Hansestadt Lüneburg, Integrationsbeirat |
| 3. Stadt Delmenhorst, Integrationsbeirat | 13. Stadt Hansestadt Lüneburg, Integrationsbeirat |
| 4. Stadt Emden, Integrationsrat | 14. Stadt Northeim, Migrationsrat |
| 5. Stadt Garbsen, Integrationsbeirat | 15. Stadt Oldenburg, Ausschuss für Migration und Integration |
| 6. Stadt Göttingen, Integrationsrat | 16. Stadt Osnabrück, Migrationsbeirat |
| 7. Landeshauptstadt Hannover, Internationaler Ausschuss | 17. Stadt Salzgitter, Integrationsausschuss |
| 8. Landkreis Hameln-Pyrmont, Migrationsrat | 18. Gemeinde Weyhe, Integrationsrat |
| 9. Landkreis Hildesheim, Migrationsausschuss | 18. Stadt Wilhelmshaven, Netzwerk Integration |
| 10. Stadt Hildesheim, Migrationsbeirat | 20. Stadt Wunstorf, Integrationsbeirat |

Delegierte des Niedersächsischen Integrationsrates

(Stand Dez. 2019)

Frau/Herr	Name Delegierte(r)	Vorname	Mitgliedsbeirat bzw. Ausschuss
Herr	Aygün	Mustafa	Integrationsbeirat Bad Pyrmont
Herr	Gross	Janis	Integrationsbeirat Bad Pyrmont
Frau	Obojska	Jolanta	Integrationsausschuss Braunschweig
Frau	Samut-Hlubek	Zeynep	Integrationsausschuss Braunschweig
Frau	Khatanbataar-Frerichs	Altantuul	Integrationsrat der Stadt Emden
Herr	Ouedraogo	Abdou	Integrationsrat der Stadt Emden
Herr	Becerra	Pedro B.	Integrationsbeirat der Stadt Delmenhorst
Frau	Brüggemann	Ewa	Integrationsbeirat der Stadt Delmenhorst
Herr	Yalcinkaya	Mustafa	Integrationsbeirat der Stadt Garbsen
Frau	Zettelmann	Bernadette	Integrationsbeirat der Stadt Garbsen
Herr	Elmas	Ibrahim	Integrationsrat der Stadt Göttingen
Frau Dr.	Yalcin	Gülsan	Integrationsrat der Stadt Göttingen
Herr	Lam	Dang Chau	Internationaler Ausschuss LH Hannover
Frau/Herr	N.	N.	Internationaler Ausschuss LH Hannover
Herr	Özcan	Ahmet	Migrationsrat Landkreis Hameln-Pyrmont
Frau	Scheuer-Szabó	Lia	Migrationsrat Landkreis Hameln-Pyrmont
Frau	Lillig	Birgit	Migrationsausschuss LK Hildesheim
Frau Dr.	Möllring	Eva	Migrationsausschuss LK Hildesheim
Frau	Ortmann	Galina	Migrationsbeirat der Stadt Hildesheim
Herr Dr.	Ponomarev	Alexey	Migrationsbeirat der Stadt Hildesheim
Herr	Bouba	Hamidou	Integrationsbeirat der Stadt Langenhagen
Herr	Eder	Erwin	Integrationsbeirat der Stadt Langenhagen
Herr	Ben Aziz	Amara	Integrationsbeirat Stadt und LK Lüneburg
Frau	Grimme	Lucy	Integrationsbeirat Stadt und LK Lüneburg
Herr	Novakovic	Nino	Migrationsrat der Stadt Northeim
Herr	Omeirat	Hamsa	Migrationsrat der Stadt Northeim
Frau	Ramirez	Cecilia	Ausschuss für Migration Stadt Oldenburg
Herr	Schleppegrell	Ulrich	Ausschuss für Migration Stadt Oldenburg
Herr	Haziri	Vëllaznim	Beirat für Migration Stadt Osnabrück
Frau	Martin Sanabria	Antonia	Beirat für Migration Stadt Osnabrück
Herr	Irkan	Özcan	Integrationsausschuss Salzgitter
Herr	Perik	Muzaffer	Integrationsausschuss Salzgitter
Frau	Barut	Tülay	Integrationsrat der Gemeinde Weyhe
Herr	Kizilkara	Esref	Integrationsrat der Gemeinde Weyhe
Herr	Janssen	Johann	Netzwerk Integration Wilhelmshaven
Herr	Päsler	Rainer	Netzwerk Integration Wilhelmshaven
Herr	Ferreira Alves Braga	Joaquim	Integrationsbeirat der Stadt Wunstorf

20 Jahre Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI)

Der Beitrag des NIR zur Gründung des Bundesausländerbeirates (BAB) im Jahr 1998 und zur Konsolidierung des BZI im Jahr 2017

Der in der niedersächsischen Friedenstadt Osnabrück im Jahr 1998 auf Initiative und durch intensive Unterstützung u. a. des NIR gegründete BAB (später BZI) litt lange unter einer fehlenden Finanzierung. In den 19 Jahren seiner Existenz bis 2017 scheiterten viele der mit der Politik geführten Gespräche, die eine solide finanzielle Förderung des BZI zum Ziel hatten, um diesen handlungsfähig zu machen.

Auf Anregung von Galina Ortmann diskutierten die Mitglieder das Problem und beauftragten den Vorstand, eine vom BZI geplante Fachtagung im Sommer 2017 organisatorisch und finanziell zu unterstützen, um einen entscheidenden Schritt in Richtung einer verlässlichen und ausreichenden Förderung zu gehen.

Die drei niedersächsischen BZI-Vorstandsmitglieder nutzten ihr Netzwerk und wiesen in zahlreichen Gesprächen auf die dringende Notwendigkeit der Förderung des BZI hin. Sie besuchten politische Akteure im Bundestag, im Bundeskanzleramt und im Innenministerium, um die zuständigen Politiker und hohe Verwaltungsbeamte zu überzeugen. Der Bogen geführter Gespräche wurde vom Bundesamt für Migration

und Flüchtlinge (BAMF) ins Familienministerium, in die Bundeszentrale



Drei Veteranen des BZI.

v.l. Ralf Sabelhaus, Fikret Abaci, Erwin Eder

für politische Bildung (bbp), zu den „Neuen Deutschen Organisationen“ (NDO) und anderen bundesweit agierenden Migrantenorganisationen (MSO) gespannt. Dieser Bogen endete wieder beim BAMF, das den Beginn und das erfolgreiche Ende der Gespräche darstellte.

Als Initialzündung zum Erreichen des Ziels der finanziellen Förderung des BZI wurde im Jahr 2017 in der Landesvertretung Niedersachsens in Berlin die erste Bundeskonferenz des BZI unter Federführung von Galina Ortmann in einem angemessenen Rahmen professionell umgesetzt. Dadurch erhielt der BZI die Gelegenheit, seine Bedeutung und sein Können den Akteuren in der Politik, in den Ministerien, im BAMF und in der bpb zu beweisen und sich für die Aufnahme in die Strukturförderung zu empfehlen.

Der NIR glaubte fest an den Erfolg seiner BZI-Delegierten und förderte die Fachtagung mit 3.000 Euro. Die Lotto-Sport-Stiftung steuerte weitere 4.000 Euro aus Niedersachsen bei, die bpb den Löwenanteil in Höhe von 10.500 Euro.

Die Geschäftsführer des BZI und des NIR sorgten zum Abschluss des Projekts dafür, dass ein sachgemäßer Verwendungsnachweis für die Geldgeber sowie ein Sachbericht in Form einer Broschüre für die Öffentlichkeit erstellt wurden. Die Layout- und Druckkosten in Höhe von 2.000 Euro übernahm ebenfalls der NIR mit einer außerordentlichen Zuwendung.



Der Vorstand des BZI am 1. Juli 2017:

v. l. Daniel de Oliveira Soares (stellv. Vorsitzender), Galina Ortmann (stellv. Vorsitzende), Dang Chau Lam (stellv. Vorsitzender), Lajos Fischer (Vorsitzender), Argyri Paraschaki (stellv. Vorsitzende), Memet Kılıç (stellv. Vorsitzender), Jose Paca (stellv. Vorsitzender), Satenik Roth (stellv. Vorsitzende), Fikret Abaci (stellv. Vorsitzender).

AUS DEN KOMMUNEN
GARBSEN - Integration PUR 16.02.2019

Am 16. Februar fand unter der Schirmherrschaft des Integrationsbeirates Garbsen das 15. internationale Fußballturnier statt. An diesem Turnier nahmen acht Mannschaften teil, die um den begehrten „Memorial Wanderpokal“ spielten. Aber nicht nur der Sieger, sondern alle Mannschaften wurden prämiert.



Dr. Christian Grahl (Bürgermeister der Stadt Garbsen) begrüßte die acht Mannschaften und wünschte allen Teilnehmern Fairplay.

Gruppe A

- 01. Ambrosiana Hannover
- 02. FC Polonia Hannover
- 03. Neuland
- 04. Osmanli United

Gruppe B

- 01. Figli d'Italia Hannover
- 02. Casa Portugal
- 03. Türkay Spor Garbsen
- 04. Integrationsbeirat



Insgesamt nahmen acht Mannschaften an diesem Turnier teil



Um diesen Wanderpokal wird schon seit 15 Jahre gespielt.



Die Mannschaft des Integrationsbeirates Garbsen

Die Mannschaft des Integrationsbeirates Garbsen erspielte sich Platz 2 bei diesem Turnier. **Sieger wurde die Mannschaft von OSMANLI UNITED**

114. Plenarsitzung in Hameln, 02.03. - 03.03.2019

Populismus und Rassismus entschlossen bekämpfen

Auf Einladung des Landkreises Hameln-Pyrmont fand die 114. Plenarsitzung des NIR am 02. und 03. März 2019 im Kreishaus in Hameln statt. Die Tagung führte der NIR in Kooperation mit dem Migrationsrat des Landkreises durch. Der scheidende Vorstandsvorsitzende Mustafa Yalcinkaya dankte den Kolleginnen und Kollegen für die organisatorische Unterstützung sowie Kreistag und Verwaltung des Landkreises Hameln-Pyrmont für ihre Gastfreundschaft.

Die Veranstaltung begann am Samstag (02.03.2019) um 13:00 Uhr mit einem Grußwort des Landrats Tjark Bartels. Der Landrat freute sich sehr über die zahlreichen Gäste und betonte die Selbstverständlichkeit von Vielfalt auch in der Kommunalpolitik. Der europaweite Nationalismus sei allerdings eine Bedrohung der offenen Gesellschaft. Tjark Bartels betonte, dass der Islam wie jede andere Religion zu Deutschland gehöre. Er verurteilte Versuche, Gegensätze zwischen Muslimen und Deutschen aufzubauen.

Danach berichtete die Bundestagsabgeordnete Jutta Krellmann von ihrer Arbeit zu den Themen Asyl und Fachkräfteeinwanderungsgesetz im Ausschuss für Arbeit und Soziales.

Der Vorsitzende des Migrationsrates des Landkreises, Ahmet Özcan, be-

dankte sich beim Vorstand des NIR für die Entscheidung, die 114. Plenarsitzung zum ersten Mal in Hameln abzuhalten. Außerdem hob er die Unterstützung von Politik und Verwaltung des Landkreises hervor, die



u. a. durch die Landtagsabgeordneten Dirk Adomat und Ulrich Watermann, Bürgermeisterin Karin Echtermann, Stadträtin Martina Harms und Integrationsmanagerin Suna Baris sowie den Amtsleiter für Bildung und Inklusion, Michael Dittrich, vertreten waren.

Anschließend eröffnete die stellvertretende NIR-Vorsitzende Antonia Martin Sanabria die Veranstaltung mit einer engagierten und kämpferischen Rede. Sie betonte, dass rassistische Äußerungen und Taten durch die Mitglieder des NIR nicht einfach hingenommen werden. Dies müsse auch

für ganz Deutschland gelten, die Aufgabe sei es, die demokratischen Strukturen sowie die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses zu schützen. Mit dieser Veranstaltung stelle sich der NIR aktuell wichtigen Themen wie dem zunehmenden Antisemitismus sowie der Islam- und allgemeinen Fremdenfeindlichkeit.

Geschäftsführer Alexander Remmel stellte daraufhin im inhaltlichen Teil den geplanten Dokumentations- und Lernort Bückeberg vor, der seine Bedeutung durch die Rolle der Reichserntedankfeste in den Jahren 1933 bis 1937 als Vorbereitung der Bevölkerung auf Krieg und Vernichtung erlange. Landrat Bartels stützte die These der Vorbereitung auf Unrecht und Terror und schilderte dann die Diskussion über das Vorhaben. Hinter den vorgebrachten Einwänden der Finanzierung und der vorgeblich nur regionalen Bedeutung der Gedenkstätte verberge sich eine Verniedlichung und Verleugnung der Nazi-Verbrechen. Mittlerweile unterstützen alle Fraktionen im Kreistag bis auf die AfD das Projekt.

Im zweiten inhaltlichen Schwerpunkt stellten Kristin Harney vom Zentrum für Demokratische Bildung und Frank Koch vom Landespräventionsrat am Samstagnachmittag in zwei Workshops das „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“ in Theorie und Praxis vor.



Die Veranstaltung des NIR war am Samstag dem öffentlichen Publikum zugänglich.



Mustafa Yalcinkaya (Vorsitzender des NIR) begrüßte die Anwesenden.



Tjark Bartels (Landrat des Landkreises Hameln-Bad Pyrmont) begrüßte die Anwesenden.



Jutta Krellmann (Bundestagsmitglied im Ausschuß „Arbeit und Soziales“) sprach ebenfalls Grußworte an die Gäste.



Ahmed Özcan (Vorsitzender des Migrationsrates Hameln-Pyrmont) begrüßte die Delegierten und Gäste.



Antonia Martin Sanabria (stellv. Vors. des NIR) stellte das Tagungsthema vor: „Wie reagieren wir auf RECHTE Parolen?“ Anschließend stellte sie das Positionspapier „Rechtsruck in Deutschland“ vor.

Positionspapier: Rechtsruck in Deutschland

Rassismus in Deutschland

In den letzten Jahren ist in Deutschland eine populistische und rechtsextremistische Politik zu beobachten. Dieses Phänomen spiegelt sich insbesondere im Ergebnis der Bundestagswahlen im Jahr 2017 wieder. Seit September 2017 gehören Nationalismus, Chauvinismus und Rassismus zum politischen Alltag im Bundestag. Spätestens seit den Wahlerfolgen der AfD finden rassistische Positionen und Praktiken auch Nachahmer in den bürgerlichen Parteien. Mit den Verschärfungen der Asylgesetze wurden eine zunehmend menschenverachtende Behandlung von Geflüchteten und der Abbau demokratischer Rechte zum Standard der deutschen Politik.

Organisierte rechte Demonstrationen gegen Geflüchtete und Menschen mit Migrationsgeschichte gehören seit Jahren zum Bild von Deutschland. Immer deutlicher wird in der Gesellschaft der Ruck nach rechts. Rassistische, antisemitische und islamfeindliche Hetze im öffentlichen Raum, im Internet und in den sozialen Medien haben ebenso wie rassistische Gewalttaten massiv zugenommen (siehe Deutsches Institut für Menschenrechte, 2018). Ebenso gibt es eine steigende Tendenz der Fremdenfeindlichkeit in Deutschland (vgl. Studien der Universität Leipzig, Mitte-Studie 2018).

Einen Höhepunkt erreichten diese rassistischen und diskriminierenden Ausschreitungen mit der Hetzjagd auf Menschen mit Migrationsgeschichte im August 2018 in Chemnitz. Nach dem Tod eines jungen Mannes kam es zu Demonstrationen mit massiven rassistischen Ausschreitungen durch organisierte neonazistische Gruppen und die AfD. An dieser Stelle weisen wir darauf hin, dass sich diese Übergriffe gegen ein konstruiertes Feindbild des Fremden richten.

Deutschland ist ein Land voller Vielfalt

Deutschland ist eine vielfältige Gesellschaft und seit jeher durch Migration geprägt. Laut dem Statistischen Bundesamt hatten im Jahr 2017 über 23% der Einwohner*innen einen Migrationshintergrund. Bei den unter Zehnjährigen hatten mehr als 39% der Kinder einen Migrationshintergrund. Doch obgleich eine kulturelle Vielfalt in der deutschen Gesellschaft seit jeher durch Migrationsprozesse gegeben ist, hat die Konstruktion des „Fremden“ als „Feind“ besondere Aktualität. Einzelpersonen und Parteien schüren Verunsicherung und Ängste und spalten die Gesellschaft.

Zivilgesellschaftlichen Zusammenhalt fördern

Als Niedersächsischer Integrationsrat fordern wir die Politik auf, dem Rechtsruck in unserer Gesellschaft zu begegnen, indem politische Lösungsstrategien entwickelt und umgesetzt werden.

Dazu bedarf es insbesondere institutionalisierten Programmen und Projekten, die den zivilgesellschaftlichen Zusammenhalt fördern. Ziel sollte es sein, unsere Gesellschaft gemeinsam zu gestalten und als einen Ort zu sehen, an dem Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Bezügen miteinander leben.

Dies geht unabdingbar einher mit dem konsequenten Schutz unserer Demokratie und unseres Rechtsstaates vor rechtsradikalen Angriffen und ebenso vor rechtsextremen Tendenzen. Der zunehmende Rechtsruck macht deutlich, dass es in der Gesellschaft einen hohen Bedarf gibt, sich mit Fragen der Entwicklung Deutschlands auseinanderzusetzen.

Wir fordern deshalb:

- Programme, die den zivilgesellschaftlichen Zusammenhalt fördern
- Anerkennung der in der Gesellschaft vorherrschenden Diversität
- Schutz unserer Demokratie und unseres Rechtsstaates vor rechtsradikalen Angriffen
- Stopp von eindeutigen rassistischen Äußerungen – Keine Toleranz gegenüber rassistischen Äußerungen
- Einrichtung einer Landesantidiskriminierungsstelle für Niedersachsen
- Programme gegen Angst- und Hetzkampagnen – gesellschaftliche Aufklärung und gesellschaftliche Bildung
- Förderung der demokratischen Gesellschaft – Förderung der Bildung von demokratisch denkende Menschen

Zudem unterstützt der Niedersächsische Integrationsrat ausdrücklich die Forderungen des Bundesintegrationsrates (BZI):

„Ein offenes und vielfältiges Zusammenleben, eine kohärente bundesweite Initiative gegen Rassismus und die Stärkung der politischen Partizipation von Migrantinnen und Migranten, um die Vielfalt unsere Bevölkerung auch in der Politik widerzuspiegeln. Um gemeinsam Entscheidungen zu treffen, damit solche Missstände wie in Chemnitz nicht permanent unser Land in den Verruf bringen, und Menschen, die anders aussehen, nicht in Deutschland in Angst vor rechter Gewalt leben müssen.“ (vgl. BZI, 2018)

*Text – Niedersächsischer Integrationsrat
Verabschiedet durch das Plenum am
03.03.2019 in Hameln*

Dokumentations- und Lernort Bückeberg gGmbH
Historische Bedeutung und Auftrag für die Gegenwart



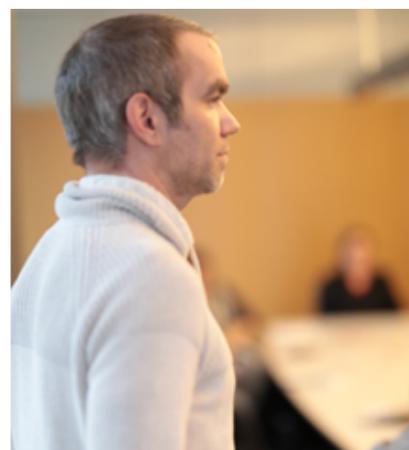
Alexander Remmel (Geschäftsführer der Dokumentations- und Lernort Bückeberg gGmbH) und **Tjark Bartels** hielten einen Vortrag über den *Nationalsozialismus im Raum Hameln-Pymont*.



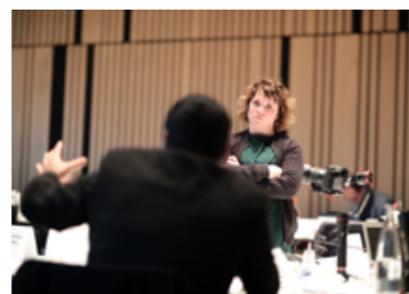
Anschließend hatten die Zuhörer die Gelegenheit Fragen zu stellen.



Workshop „WIE REAGIERE ICH AUF RECHTE PAROLEN IN DER ÖFFENTLICHKEIT“
mit anschließender Auswertung

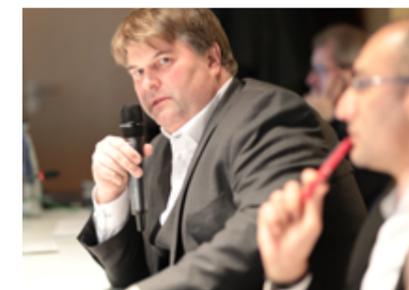


Kristin Harney (Zentrum demokratische Bildung Wolfsburg) und **Frank Koch** (Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen) hielten ihren Workshop in zwei gleichgroßen Gruppen. Frau Harney warf „*Rechte Parolen*“ in den Raum und regte so die Diskussion und den Erfahrungsaustausch an. Herr Koch zeigte hingegen in seiner Gruppe den zehnminütigen Kurzfilm „*Schwarz Fahrer*“ aus dem Jahre 1993 und eröffnete somit die Diskussion. Im Anschluß wurde eine gemeinsame Auswertung der Gruppen vorgenommen.



Bystander-Effekt (Determinanten für Hilfeverhalten)

1. Situation wahrnehmen (Hören, was gesagt wird)
2. Situation interpretieren (Bedeutung kennen und Hintergründe verstehen; Gesagtes als problematisch empfinden)
3. Sich verantwortlich fühlen
4. Optionen zur Intervention kennen und Abwägen (Handlungsfähigkeit stärken)
5. Aktiv Handeln



Der NIR-Vorstand wird noch weiblicher

Galina Ortmann zur neuen Vorsitzenden gewählt

Am Sonntagvormittag (03.03.2019) hielt der NIR seine Mitgliederversammlung ab. Der scheidende Vorstandsvorsitzende Mustafa Yalcinkaya stellte die Broschüre über die Arbeit des Gremiums im Jahr 2018 vor, bevor das Plenum aufgerufen war, diese Position in einer Wahl neu zu besetzen. Als Kandidatinnen traten die Sprachlehrerin und stellvertretende NIR-Vorsitzende Lucy Grimme aus Lüneburg und die Diplom-Pädagogin und Vorsitzende der NIR-Frauengruppe Galina Ortmann aus Hildesheim an. Die geheime Ab-

stimmung entschied Galina Ortmann mit 14 zu 10 Stimmen für sich. Somit sind zum ersten Mal in der Geschichte des NIR vier der fünf Vorstandsmitglieder Frauen. Die nächste reguläre Wahl des gesamten Vorstands findet nach den Kommunalwahlen (2021) im Frühjahr 2022 statt. Anschließend berichteten die Delegierten von der Gremienarbeit in der Landtagskommission zu Fragen der Migration und Teilhabe, im Landespräventionsrat, im Landesfrauenrat und im Landeschulbeirat sowie im NDR-Rundfunkrat. Außerdem verabschiedete das Plenum ein Positionspapier zum Thema „Rechtsruck in Deutschland“ sowie zwei Resolutionen zur Finanzierung von Deutsch-Sprachkursen und zur Finanzierung von Busfahrtscheinen für Bewohnerinnen und Be-

wohnern einer Erstaufnahmestelle im ländlichen Raum bei Oldenburg.



Galina Ortmann Vorsitzende des NIR

Frauenkongress am 09.03.2019 in Hannover

Am 09. März 2019 nahm Galina Ortmann, Vorstandsvorsitzende des Niedersächsischen Integrationsrates (NIR), am ersten Frauenkongress „Frau. Macht. Politik.“ der SPD Niedersachsen teil, der mit der Zielsetzung, politisch und gesellschaftlich engagierte Frauen miteinander zu vernetzen und einen gemeinsamen Dialog zu eröffnen, veranstaltet wurde. Der Frauenkongress ist Bestandteil eines parteiinternen Programmes zur Förderung von Frauen in der Politik, das die niedersächsische SPD im vergangenen Jahr gestartet hat, um insbesondere den Anteil der weiblichen Ratsmitglieder in kleineren Gemeinden, der Landrätinnen und Bürgermeisterinnen zu erhöhen. Gleichzeitig fand hier der Startschuss für ein Mentoring-Programm statt: Über einen Zeitraum von zwei Jahren werden fünfzig politikerfahrene Mentorinnen fünfzig

Parité-Gesetz, um endlich eine gleiche Vertretung der Geschlechter im Bundestag und in den Landtagen zu erreichen. Weil kündigte an, dass sich die SPD Niedersachsen ein Jahr Zeit nehmen wolle, um die Ausgestaltung eines



Parité-Gesetzes zu diskutieren. Auch Bundesministerin Franziska Giffey war der Einladung gefolgt und machte in ihrer Rede deutlich, dass die politische Gleichstellung der Geschlechter parteiübergreifend erkämpft werden müsse. Dr. Carola Reimann, niedersächsische Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (MS), betonte in ihrer Rede, dass kein Weg an einem Parité-Gesetz vorbeiführe: „Wie die Geschichte zeigt, reichen freiwillige Maßnahmen nicht aus, um echte Gleichberechtigung herzustellen. Parlamente sind die Orte der politischen und gesellschaftlichen Willensbildung. Da gehören Frauen dazu. Deshalb halte ich persönlich ein Parité-Gesetz für dringend erforderlich.“ Ferner berichtet die Sozialministerin über die Neuauflage des VI. Niedersächsischen Mentoring-Programms zur Förderung von weiblichem kommunalpolitischen Nachwuchs. Mit dem neuen Programm „Frauen.Macht.Demokratie“ möchte

die Sozialministerin im nächsten Jahr - mit Blick auf die Kommunalwahl 2021 - Frauen unterstützen, die sich politisch engagieren. Galina Ortmann ergriff das Wort und betonte, dass der NIR das neuaufgelegte Mentoring-Programm begrüße, da es sich ausdrücklich auch an Frauen mit Zuwanderungsgeschichte richtet. Der NIR wirkt im Rahmen des Frauenpolitischen Forums und im wissenschaftlichen Beirat zur Begleitung des Mentoring-Programms im MS mit und unterstützt bei der Gewinnung von Frauen mit Migrationsgeschichte die Migrationsbeiräte vor Ort. Ortmann appellierte an die anwesenden SPD - Mitglieder, die Perspektive von Frauen mit Zuwanderungsbiografie stärker in den Fokus zu nehmen und insbesondere bei der Listenaufstellung von Ort zu berücksichtigen und zu unterstützen, denn nach wie vor sind Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den Kommunal- und Landesparlamenten und im Bundestag stark unterrepräsentiert, obwohl ihr Anteil an der Bevölkerung bei mehr als 20 % liegt. Frauen mit Zuwanderungsgeschichte sind insbesondere davon betroffen. Deswegen fordert der NIR die interkulturelle Öffnung der Parteien verbunden mit verbindlichen Quoten. Darüber hinaus machte sie auf die Gruppe von Drittstaatsangehörigen aufmerksam, die vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Der NIR fordert für diese Gruppe seit Jahren das kommunale Wahlrecht.



Frauen, die bisher kein Amt innehatten oder sich verstärkt politisch engagieren wollen, unterstützen. Die Veranstaltung wurde durch Ministerpräsident Stephan Weil eröffnet. Weil erneuerte seine Forde-



Galina Ortmann (Vorsitzende des NIR) und Bundesministerin Franziska Giffey



Vordere Reihe v.l. Franziska Giffey, Carola Reimann, Stefan Weil und Galina Ortmann



Dr. Carola Reimann (Sozialministerin) Galina Ortmann und Cornelia Rundt (ehem. Sozialministerin)

AUS DEN KOMMUNEN OLDENBURG - Integrationspreis übergeben

Oberbürgermeister Jürgen Krogmann zeichnet drei Projekte mit dem Integrationspreis aus

- **„amiko, ich kann was!“ (Jugendmigrationsdienst im Christlichen Jugenddorfwerk Deutschlands)**
Bei diesem Projekt handelt es sich um eine Kooperation zwischen Ehrenamtlichen des amiko-Projekts, dem Bildungszentrum für Technik und Gestaltung Oldenburg, dem CJD Jugendmigrationsdienst und dem Kreativlabor in der Kulturetage. Es wendet sich an junge Geflüchtete im Alter von 16 bis 21 Jahren aus Syrien, Irak, Eritrea, Guinea, Afghanistan und Algerien. Zu den wöchentlichen Treffen, die immer dienstags im Kreativlabor angeboten werden, kamen über das Jahr verteilt 48 Schüler. Neben dem gegenseitigen Kennenlernen und dem Erweitern von Deutschkenntnissen liegt ein Schwerpunkt darauf, mit den Teilnehmenden zielgerichtet eigene Stärken herauszuarbeiten und mit Berufszielen in Einklang zu bringen. Die Schüler werden mit behördlichen Anlaufstellen vertraut gemacht, und sie erhalten darüber hinaus Hilfestellung bei Bewerbungen und bei der Vorbereitung auf Vorstellungsgespräche.
- **„Convivencia – für ein friedliches Zusammenleben“ (Gabriele Hoeltzenbein, Kirchengemeinde St. Willehad)**
Sie gilt als goldenes Zeitalter der Toleranz: die Convivencia – eine Epoche friedlichen Zusammenlebens von Muslimen, Juden und Christen im mittelalterlichen Spanien. Gabriele Hoeltzenbein hat nach diesem titelgebenden Vorbild ein interkulturelles Projekt initiiert, in dessen Mittelpunkt vom 28. Oktober bis 25. November 2018 eine Ausstellung mit Bildern geflüchteter und deutscher Kunstschaffender stand. Flankiert wurde die Ausstellung von einem Rahmenprogramm mit rund 25 Veranstaltungen, die mehr als 1.300 Menschen erreicht haben. Dabei gab es u. a. Konzerte, Lesungen und Schulveranstaltungen mit einem deutsch-syrischen Schriftsteller, Theater für Kinder, Kamingespräche zu bildungspolitischen und religiösen Themen sowie Film-Vorführungen und einen syrischen Kulturabend. Kooperationspartner waren der Präventionsrat, die Deutsch-Syrische Gesellschaft Oldenburg und die Katholische Hochschulgemeinde Oldenburg.
- **„Jugend fördert Jugend – Engagement der Jugend für das Ehrenamt“ (Krusenbuscher SV)**
Wer Fußball spielt, kommt in Kontakt: Mit dem Projekt „Jugend fördert Jugend – Engagement der Jugend für das Ehrenamt“ knüpft der Krusenbuscher SV in einem Stadtteil mit hohem Migrationsanteil an sein erfolgreiches Konzept an, Mädchen im Alter von 6 bis 18 Jahren für Fußball zu begeistern und vor allem junge Migrantinnen in den Vereinssport zu integrieren. Als zusätzliche Komponente kam hinzu, Mädchen im Alter von 13 bis 18 Jahren als Übungsleiterinnen und Junior-Coaches zu qualifizieren. Acht Mädchen – vier davon mit Migrationshintergrund – haben so in 2018 den Einstieg in die ehrenamtliche Vereinsarbeit geschafft. Lehrkräfte der Grundschule Krusenbusch und der IGS Kreyenbruch unterstützen den Krusenbuscher SV in seinen Aktivitäten.



Foto: Presseamt Oldenburg

Aufruf des Niedersächsischen Integrationsrates (NIR) zur Europawahl 2019

Für uns als landesweite Vertretung von politisch aktiven Migrantinnen und Migranten in den demokratisch legitimierten kommunalen Integrations- und Migrationsbeiräten in Niedersachsen steht die politische Partizipation unserer Mitglieder stets im Fokus.

Der NIR hat auch eine aktive Rolle im bundesweiten politischen Geschehen. Auf Initiative des NIR fand in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung im Juni 2017 in der Außenvertretung des Landes Niedersachsen in Berlin im Hinblick sowohl auf die Bundestagswahl im Herbst 2017 sowie auf die Landtagswahlen in Niedersachsen (Herbst 2017), Bayern und Hessen (Herbst 2018) die bundesweite Konferenz „Politische Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft“ statt. Das Bundeskanzleramt, das Bundesinnenministerium, der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) sowie zahlreiche Mitglieder bundes- und landesweiter Migrantinnenorganisationen nahmen an der Bundeskonferenz teil.

In diesem Jahr stehen wir vor einer zukunftsweisenden Europawahl und wichtigen Landtagswahlen in Bremen, Brandenburg, Thüringen und Sachsen. Die Europäische Union (EU) steht vor großen Herausforderungen, denn sie wird von außen und innen in Frage gestellt. Nicht zuletzt belastet der beabsichtigte Austritt Großbritanniens die Gemeinschaft. Außerdem werden europaweit laut Umfragen nationalistischen und EU-feindlichen Parteien Zugewinne vorausgesagt. Auch in Deutschland verzeichnen populistische Parteien einen Zuwachs.

Angesichts dieser Situation ruft der NIR seine Mitgliedsverbände und Partnerorganisationen zu einer engagierten lokalen und bundesweiten proeuropäischen Initiative auf. Wir wollen einerseits für die Teilnahme an der Europawahl werben und andererseits den Fokus auf die große Gruppe der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte richten, die zum Teil seit Jahrzehnten in Deutschland leben, aber nicht an politischen Wahlen teilnehmen dürfen, da sie weder im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft noch Bürgerinnen und Bürger eines EU-Mitgliedstaates sind.

Während die letztgenannten seit 1999 bei Kommunal- und Europawahlen in Deutschland ihre Stimme abgeben dürfen, bleibt diese Möglichkeit der Partizipation einer erheblichen Anzahl ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger, die aus einem Land außerhalb der EU stammen, verwehrt. Somit sind sie von dem zentralen Element der politischen Willensbildung ausgeschlossen.

Wir stellen uns nationalistischen, autoritären und antidemokratischen Strömungen und Kräften aktiv entgegen, denn das vereinte Europa steht für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Frieden und Wohlstand.

Wir rufen alle stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger auf, ihre Stimme den Parteien anzuvertrauen, die sich für ein offenes, demokratisches und soziales Europa einsetzen.

Text: Der Vorstand des Niedersächsischen Integrationsrates
Achim Weber (Geschäftsführer)



HILDESHEIM - Viertägiger Lehrgang für Trainer mit Migrationshintergrund

„Das beste Integrationsmittel“

20 Fußballer mit Migrationshintergrund zu Trainern ausgebildet

Kreis „Sport verbindet- und es ist das beste Integrationsmittel überhaupt“, davon ist Mohamed Nouali, regionaler Integrationsbeauftragter des Vereins Asyl e.V. Hildesheim im Auftrag des Landkreises Hildesheim, überzeugt. Und er hat wieder ein sehr gutes aktuelles Beispiel parat, das seine These untermauert: 20

Fußballer mit Migrationshintergrund haben gerade einen viertägigen Trainerlehrgang unter dem Motto „Soccer Refugee Coach“ (offiziell heißt es „Fußballspezifische Qualifizierung für Geflüchtete“) mit Erfolg abgeschlossen. Das Projekt auf dem Gelände des MTV 48 Hildesheim an der Marienburger Höhe

wurde vom Landessportbund Niedersachsen und vom NFV-Kreis Hildesheim unterstützt. Beim NFV wird die Qualifizierung so beschrieben: In der überwiegend praxisorientierten Ausbildung zu „Soccer Refugee Coach“ werden die wesentlichen Inhalte des Fußballtrainings, zum Beispiel Übungen zum Aufwär-

men der Koordination, Kondition, Technik und Taktik, vermittelt. Zudem werden den Teilnehmern unterschiedliche Trainingsphilosophien und ein Eindruck des hierzulande gewählten Ansatzes vermittelt, um den angestrebten Einstieg in die Vereinsarbeit zu erleichtern. Den Teilnehmern soll die Ausbildung eine



Auszeichnung nach dem viertägigen Lehrgang: Die neuen Trainer erhalten zur Belohnung T-Shirts und Urkunden.

schnelle und reibungslose Integration in den Vereinen ermöglicht werden, zum Beispiel als Trainerassistent oder Betreuer.

Die jungen Männer aus dem Sudan, Gambia, Afghanistan, Persien und Liberia, überwiegend im Alter von 18 bis 21 Jahren, haben von einem Referenten vom Niedersächsischen Fußballverband (NFV) in Barsinghausen, Immanuel André, nicht nur gelernt, wie man mit dem Ball umgeht und das auch den jungen Spielern in den Vereinen vermitteln kann, sondern auch die sozialen Aspekte haben eine große Rolle gespielt. „Fairness und Miteinander sind beispielsweise sehr wichtige Faktoren“, weiß Moha-

med Nouali aus Erfahrung, dass Sport auch der wichtige Vermittler von Werten und Normen sein kann. Der Integrationsexperte, der im Leinebergland vor allem für die Gemeinden Gronau, Elze und Nordstemmen zuständig ist, hat bei seinen jahrelangen Tätigkeiten als Interkultureller Mediator für Gewaltprävention, Gesundheitsmediator sowie Trainer und Referent „Fit für die Vielfalt“ viele Bürger mit Migrationshintergrund kennengelernt, die vor allem im Sport schneller soziale Kontakte finden als in anderen Lebensbereichen. Das haben ihm unter anderem auch seine Engagements als Fußball- und Basketballtrainer beim MTV 48 gezeigt.

„Durch die Qualifizierung wird der Zugang zu den Vereinen noch leichter, man kann schneller Vertrauen aufbauen. Die neuen Trainer oder Betreuer können ihre Erfahrungen als Multiplikatoren in die Vereine tragen, außerdem sind sie langsam reif genug, um Verantwortung zu übernehmen“, so Nouali.

Dass das funktionieren kann, zeigt der Lehrgang des vergangenen Jahres: Allein vier neue Trainer habe der MTV 48 übernehmen können, auch Abdallah Zainalabsen habe beim TSV Gronau Fuß gefasst, wo er auch bei der zweiten Herrenmannschaft um Punkte spielt.

Bei der Auszeichnung der neuen Fußballtrainer, der

auch Bundestagsabgeordneter Bernd Westphal beiwohnte, zeigten sich der Vorsitzende des NFV-Kreises Hildesheim (der Fußball-Kreisverband mit den meisten Trainern mit Migrationshintergrund), Detlef Winter, und Friedel Münzberger vom Lehrausschuss überrascht, dass die Lehrgangsteilnehmer keine Dolmetscher benötigt haben.

„Wie engagiert die neuen Trainer sind, zeigt, dass 18 der 20 Teilnehmer keine Anerkennung besitzen und sich noch im Asylverfahren befinden – das heißt, die wissen gar nicht, ob sie in Deutschland bleiben können, umso mehr muss man die Leistung würdigen“, betont Mohamed Nouali.

Foto und Text: Presse Hildesheim rk

115. Plenarsitzung in Osnabrück am 15.06.2019 - Öffentliche Veranstaltung

Presseinformation des Niedersächsischen Integrationsrates

Auf Einladung der Stadt Osnabrück findet die 115. Plenarsitzung des NIR am 15. und 16. Juni 2019 in der Katholischen Familienbildungsstätte in Osnabrück statt. Die Tagung führt der NIR in Kooperation mit dem Migrationsbeirat der Stadt Osnabrück durch. Wir danken den Kolleginnen und Kollegen für die organisatorische Unterstützung sowie Stadtrat und Verwaltung der Stadt Osnabrück für ihre Gastfreundschaft. Die Veranstaltung beginnt am Samstag (15.06.2019) um 13:00 Uhr mit einem Grußwort des Ratsmitglieds Volker Bajus. Nach der offiziellen Eröffnung der Tagung durch die NIR-Vorstands-

vorsitzende Galina Ortmann und einem Grußwort des Vorsitzenden des Migrationsbeirates Vëllaznim Haziri wird die Osnabrücker Integrationsbeauftragte Seda Rass-Turgut zusammen mit Dr. Claas Beckord von der Strategischen Stadtentwicklung das Projekt „Gestalte deine Stadt“ vorstellen, gefolgt von einer Frage- und Diskussionsrunde mit den Delegierten und Gästen im Plenum. Am Nachmittag wird Dr. Charlotte Räuchle vom Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück Formate zur Partizipation in migrationsgeprägten Quartieren vorstellen. Zum Abschluss berichtet Almut von Wodtke, Leiterin der Vernetzungsstelle für Frauen- und Gleichstellungsbe-

auftragte, über das niedersächsische Mentoring-Programm zur Förderung von Frauen in der Kommunalpolitik. Am Sonntagvormittag (16.06.2019) hält der NIR seine Mitgliederversammlung ab. Das Plenum ist aufgerufen, über die Arbeitsschwerpunkte des NIR bis 2021 zu entscheiden. Anschließend berichten die Delegierten von der Gremienarbeit in der Landtagskommission zu Fragen der Migration und Teilhabe, im Landespräventionsrat, im Landesfrauenrat und im Landesschulbeirat sowie im NDR-Rundfunkrat. Die Veranstaltung am Samstag von 13:00 bis 18:00 Uhr ist öffentlich, die Teilnahme an der Plenarsitzung des NIR am Sonntag ist nur den Mitgliedern vorbehalten.



Volker Bajus (Mitglied des Rates der Stadt Osnabrück) begrüßte die Delegierten und Gäste.

Die Veranstaltung begann am Samstag um 13:00 Uhr mit einem Grußwort des Ratsmitglieds **Volker Bajus**. Er betonte die religiöse Prägung der Stadt, die sie in Verbindung mit dem in Osnabrück geborenen weltberühmten Schriftsteller Erich Maria Remarque ("Im Westen nichts Neues") zur Friedensstadt (Rathaus des „Westfälischen Friedens“) prädestiniert. Diskriminierung und Anfeindungen gegen das „Fremde“ gebe es auch in Osnabrück, die AfD sei aber nicht im Kommunalparlament vertreten. Allerdings habe es auch kein(e) Kandidat(in) mit Zuwanderungsgeschichte in den Rat geschafft.

In Bezug auf das Tagungsthema Quartiersentwicklung betonte **Volker Bajus** die häufig durch berufliche Anforderungen gestiegene Mobilität der Bürger/innen, die dazu führe, dass Nachbarschaften schwieriger zu leben und zu organisieren sind. Umso wichtiger sei es, die Identität der Einwohner/innen im Stadtteil für alle Kulturen zu stärken.

Vëllaznim Haziri, betonte die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Beiratsmitglieder mit den Parteien und der Verwaltung. Zudem bescheinigte er der Stadt eine gute Integrations- und Partizipationsarbeit.



Vëllaznim Haziri (Vorsitzender des Migrationsbeirates der Stadt Osnabrück)



Anschließend eröffnete die Integrationsbeauftragte **Seda Rass-Turgut** die Fachtagung mit einem Plädoyer für die Entwicklung der Migrations- und Integrationsarbeit von der Anerkennungskultur hin zu einer Partizipationskultur. Zusammen mit **Dr. Claas Beckord** von der Strategischen Stadtentwicklung stellte sie das Projekt „Gestalte deine Stadt“ vor, das in Deutschland einzigartig auf der Grundlage eindeutiger Daten zur Migration entwickelt wurde. Dies sei vor allem wichtig für die Planung von Kindertagesstätten, Schulen und anderen Einrichtungen. Im Anschluß stellten sich die Referenten den Fragen der Gäste.



Teilhabe durch kooperative Stadtentwicklung? Formate zur Partizipation in migrationsgeprägten Quartieren



Frau Dr. Räuchle (Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien, Uni Osnabrück)

Der Vortrag diskutierte am Beispiel des BMBF-Verbundprojekts „KoopLab: Teilhabe durch kooperative Freiraumentwicklung in Ankunftsquartieren“ und des Quartiers Hannover-Sahlkamp Chancen und Schwierigkeiten des neuen methodischen Tools „Reallabor“. Thematisiert wurde, inwiefern Reallabore helfen, die Teilhabe und Partizipation von Anwohner*innen in Ankunftsquartieren zu stärken. Damit widmete sich der Vortrag einem Beispiel für sozialräumlich ausgerichtete Strategien und Handlungsansätze, die darauf zielen, der Exklusion benachteiligter Gruppen auf Quartiersebene entgegen zu wirken.



Almut von Woetdke (Vorsitzende von Gleichberechtigung und Vernetzung e.V., Leiterin der Vernetzungsstelle für Frauen und Gleichstellungsbeauftragte)



Frau von Woetdke stellte das **MENTORING PROGRAMM 2019/2020** vor. Der NIR ist Kooperationspartner des Sozialministeriums in der Umsetzung des Programms **FRAU.MACHT.DEMOKRATIE.**

115. Plenarsitzung in Osnabrück am 16.06.2019 - Mitgliederversammlung



Galina Ortmann (Vorsitzende des NIR) eröffnete die 115. Plenarsitzung mit einem Grußwort an die Delegierten.



Am Sonntagvormittag (16.06.2019) informierte Dr. Thomas Groß, Professor für Öffentliches Recht, Europarecht und Rechtsvergleichung an der Universität Osnabrück, als Vorbereitung zur Entscheidung der Mitglieder zu den vom Vorstand vorgelegten Themenschwerpunkten des Gremiums bis zum Jahr 2021 über Partizipations- und Integrationsgesetze aus Bundes- und Landessicht.



Anschließend beschloss das Plenum, den von der Vorstandsvorsitzenden Galina Ortmann eingebrachten Vorschlag, Empfehlungen zu einem „Niedersächsischen Partizipations- und Teilhabegesetz“ zu formulieren und über die Kommission für Fragen Migration und Teilhabe in den Landtag einzubringen, vorrangig zu bearbeiten.

In dieser Plenarsitzung wurden die Arbeitsschwerpunkte des NIR 2019-2021 auf der Grundlage von fünf Arbeitsgruppen besprochen und diskutiert. Drei der Arbeitsgruppen wurden genauer vorgestellt.

Antirassismus, Extremismusprävention, Demokratieförderung
(D. Chau Lam)



- Migration gehört zu Deutschland.
- Rassistisches Denken und Handeln ist in der Mitte der Gesellschaft tief verwurzelt.
- Seit der letzten Bundestagswahl (2017) sind Rassismus und Nationalismus in der Mitte der Gesellschaft angekommen.
- Durch die Flüchtlingsbewegungen in der Welt und im Jahr 2015 in Deutschland wachsen die vorhandenen rassistischen und antisemitischen Potenziale.
- Rassismus im Alltag (Wohnungssuche, auf dem Arbeitsmarkt, wegen des Namens, des Geschlechts, in der Schule, in der Disco (ständige Kontrolle aufgrund der Hautfarbe...)) benachteiligt Migranten (auch) in vielen (anderen) Bereichen des Alltagslebens.
- Deutschland ist ein Einwanderungsland, aber noch lange keine Einwanderungsgesellschaft. Es fehlt die rechtlichen Rahmen bzw. die Gesetze.
- die Bürger*innen wollen für das Einwanderungsland Deutschland einen erkennbaren rechtsstaatlichen Rahmen und einen effektiven Rechtsstaat.
- Rassismus erkennen und bekämpfen. Gegen die Zunahme von Rechtsextremismus und die rassistische Gewalt.
- Aufklärungsarbeit über:
 - den Hintergrund des Rassismus - Ein Erbe der Sklaverei und Kolonialismus;
 - die Vorstellung von höher- und minderwertigen „Menschenrassen“ (?)“.
- Rassistischen Sprachgebrauch vermeiden (Neger, Zigeuner, Asylant ...)
- Eine der wichtigen Maßnahmen gegen den „strukturellen Rassismus“ ist das „Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz“ (AGG, seit 2006). Es wird Zeit, dieses Gesetz neu zu überarbeiten.
- Vielfalt leben, denken und stärken für den Zusammenhalt und für ein demokratisches, friedliches, gleichberechtigtes Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Integration ohne Teilhabe kann nicht funktionieren.
- Eine ernsthafte konkrete Integrationspolitik mit einem Bundes- und Landespartizipations- und Teilhabegesetz für Gleichstellung und Mitbestimmung als verbindliche Basis für Integration (auch für Niedersachsen).
- Antidiskriminierungspolitik auf Landesebene verankert (eine Landes-Antidiskriminierungsstelle für Niedersachsen).
- Anerkennung und Achtung gegenüber Migrant*innen. Sie haben dieses Land mit aufgebaut.
- Politische Beteiligung ist gesetzlich zu garantieren: Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Bürger.
- Wirksame Programme und Maßnahmen für die Demokratie-Förderung.
- Die MSO sind wichtige Partner in der Integration: Mitwirkung, Mitgestaltung und Mitentscheidung auf Augenhöhe.
- Die Interkulturelle Öffnung (IKÖ) in allen Bereichen (besonders in der Verwaltung, Behörden...)
- Begegnungsorte schaffen, Dialog und Konsens suchen.

Politische Teilhabe von Frauen mit Migrationsgeschichte
(Galina Ortmann)



„Der Niedersächsische Integrationsrat (NIR) ist der Zusammenschluss der kommunal verankerten Integrations- und Migrationsbeiräte und Ausschüsse. Sie bilden über die Parlamente hinaus eine weitere Plattform politischer Teilhabe der zugewanderten Bevölkerung in Niedersachsen. Er ist eine überkonfessionelle, überparteiliche, überethnische und demokratisch legitimierte politische Interessenvertretung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Niedersachsen. Parlamente sind die Orte der politischen und gesellschaftlichen Willensbildung. Gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil (22,5%) sind Menschen aus Einwandererfamilien in allen Parlamenten stark unterrepräsentiert (Bundestag ca. 8 %, Landtage ca. 3,7%).“

Auf kommunaler Ebene liegt ihr Anteil in 30 großen Städten und Landkreisen bei ca. 2,6 %. In vielen kleineren Städten und Landkreisen sind sie in den kommunalen Parlamenten nicht vertreten, obwohl sie sich genauso stark für Politik interessieren wie Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte. 18,5 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund leben in Deutschland (2018). Ihr Anteil an der Bevölkerung wird in den nächsten Jahren weiter steigen. Für die politischen Parteien bietet sich hier ein Potenzial an Wählern, Mitgliedern und Funktionsträgern, die bislang kaum ausgeschöpft wurde (vgl. die SVR-Studie „Schwarz, Rot, Grün. Welche Parteien bevorzugen die Zuwanderer?“ 2016).

Der NIR begrüßt ausdrücklich das VI. Mentoring-Programm „Frau. Macht. Demokratie“ des Niedersächsischen Sozialministeriums (MS) zur Förderung von zukünftigen Mandatsträgerinnen auf kommunaler Ebene, da sich das Programm ausdrücklich auch an Frauen mit Zuwanderungsgeschichte richtet. Der NIR wirkt im Rahmen des Frauenpolitischen Forum und im wissenschaftlichen Beirat zur Begleitung des Mentoring-Programms im MS mit und unterstützt als Kooperationspartner mit Blick auf die Kommunalwahl 2021 Frauen mit Zuwanderungsgeschichte, sich politisch zu engagieren. Wir kooperieren in diesem Zusammenhang mit den demokratischen Parteien und bieten im Jahr 2020 eigene Aktionen und Fortbildungsreihen für Frauen mit Zuwanderungsgeschichte an.

Der NIR appelliert an die demokratischen Parteien, die Perspektive von Frauen mit Zuwanderungsbiografie stärker in den Fokus zu nehmen und insbesondere bei der Listenaufstellung vor Ort bei der Kommunalwahl im Jahr 2021 zu berücksichtigen.

Wir fordern die interkulturelle Öffnung der Parteien verbunden mit verbindlichen Quoten!“

Partizipations- und Teilhabegesetz
(Galina Ortmann)



• Ziel: Formulierung von Empfehlungen zum „Niedersächsischen Teilhabe und Integrationsgesetz“ und den Text als Antrag noch einmal über die MiguTeilhK in den Landtag einbringen.

• In der Arbeitsgruppe werden die Integrationsgesetze in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin und Nordrhein-Westfalen sowie das Gutachten des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) „Die Integrationsgesetze der Bundesländer im Vergleich“ begutachtet, um auf Grundlage dieser Erfahrungen zu einem eigenen Entwurf zu kommen.

• Wissenschaftliche Begleitung durch ein Expertenteam ist vorbereitet: Hannes Schammann ist Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Migrationspolitik an der Universität Hildesheim. Ein aktueller Schwerpunkt ist die Rolle der Kommunen. Er ist Mitglied in zahlreichen Gremien zur Migrationspolitik. Prof. Dr. Petra Bendel ist stellvertretende Vorsitzende des SVR und Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats des BAMF.

• Die NIR-Arbeitsgruppe diskutiert unter Einbeziehung des Plenums mögliche Regelungsinhalte eines künftigen Gesetzes in Niedersachsen.

• Hintergrund 1: Integration wird auf bundespolitischer Ebene lautstark und kontrovers diskutiert. Für viele zentrale Aspekte der Teilhabe sind allerdings die Länder (und Kommunen) zuständig. 4 der 16 Bundesländer haben in den letzten Jahren (zwischen 2010 und 2016) eigene Integrationsgesetze verabschiedet. Die vier Bundesländer heben mit ihren jeweiligen Gesetzen die Bedeutung von Integrationspolitik hervor und stecken den Rahmen dafür ab. Landesintegrationsgesetze können Integrationspolitik steuern, indem sie Integration als Querschnittsaufgabe verankern und Strukturen für Koordination und Mitwirkung institutionalisieren. Sie erhöhen den politischen Stellenwert des Themas und helfen, Akteure für diese Querschnittsaufgabe zu mobilisieren. Über ihre Wirkung entscheidet jedoch nicht nur die rechtliche Ausgestaltung, sondern auch die politische Umsetzung. Ein Gesetz allein garantiert weder eine sachgerechte Integrationspolitik noch bessere Teilhabemöglichkeiten.

• Hintergrund 2: Im Jahresgutachten 2018 lotet der SVR aus, welche gesetzgeberischen Möglichkeiten bestehen, um Migration zu steuern und die gesellschaftliche Teilhabe aller zu fördern. Er fasst die bestehende Gesetzeslage auf nationaler und EU-Ebene zusammen und weist auf politische Handlungsfelder sowie Grenzen der Gestaltung hin. So schlägt der SVR etwa vor, im Rahmen eines Einwanderungsgesetzbuchs beruflich qualifizierten Fachkräften die Zuwanderung zu erleichtern. Außerdem rät der SVR, Integration als Querschnittsaufgabe zu verstehen. Gut angepasste Regelsysteme versprechen mit Blick auf die Teilhabe breitere Wirkung als spezielle Integrationsmaßnahmen. Darüber hinaus empfiehlt der SVR, ein Integrationsmonitoring gesetzlich zu verankern, die Ressorts besser zu koordinieren und die Kommunen bei ihrem erfolgreichen Einsatz für Integration stärker zu unterstützen. Die Kommunen sollten zudem ihre Integrationsmaßnahmen stärker aufeinander abstimmen.



Nach Vorstellung der Schwerpunkte entschieden sich die Delegierten nach ihren Interessen für die Mitarbeit in den Arbeitsgruppen.



Anschließend berichteten die Delegierten von der Gremienarbeit in der Landtagskommission zu Fragen der Migration und Teilhabe, im Landespräventionsrat, im Landesfrauenrat, im Landesschulbeirat und im NDR-Rundfunkrat sowie aus den Beiräten in den Mitgliedskommunen.

Stephan Weil zeichnet Ehrenamtliche aus



Foto: Erwin Eder

Erwin Eder wurde für sein Engagement für die Integration geehrt.



Foto:Niedersächsische Staatskanzlei

Zum 37. „Tag der Ehrenamtlichen“ hat die Landesregierung am 14. September, bei einer Festveranstaltung in Hameln, 71 Bürgerinnen und Bürger aus der Region Leine-Weser für ihr bürgerschaftliches Engagement ausgezeichnet. Sie sind seit vielen Jahren mit herausragendem Einsatz ehrenamtlich tätig und wurden stellvertretend für die vielen Engagier-

ten in ganz Niedersachsen geehrt. Ministerpräsident Stephan Weil würdigte die Ehrenamtlichen: „Ihre freiwillige Arbeit ist gelebte Solidarität, mit der Sie das soziale Miteinander bereichern und die Lebensqualität in Niedersachsen insgesamt erhöhen. Heutige und künftige Herausforderungen wären ohne Ihr Engagement kaum zu meistern.“

Erwin Eder wurde für sein langjähriges Engagement für die Integration geehrt. Er setzt sich seit den 90er Jahren für die Integration in Langenhagen ein. Er war zunächst im Ausländerbeirat der Stadt tätig und engagiert sich aktuell im Integrationsbeirat, den er seit 2011 leitet. Darüber hinaus ist er Mitglied des Niedersächsischen Integrationsrates.



Vor 35 Jahren wurde der Vorläufer des Niedersächsischen Integrationsrates (NIR) als „Arbeitsgruppe Kommunale Ausländervertretungen Niedersachsen“ in Göttingen gegründet. Zu diesem Jubiläum haben sich Delegierte aus ganz Niedersachsen und interessierte Bürgerinnen und Bürger am 09. November 2019 im Neuen Rathaus in Göttingen zu einer Veranstaltung mit den Schwerpunktthemen Gleichstellung, Arbeitsmarktintegration, Quartiersentwicklung und Teilhabe versammelt. Die Veranstaltung begann um 13:00 Uhr mit einem Grußwort von

Sozialministerin Dr. Carola Reimann. Nach der offiziellen Eröffnung der Tagung durch die NIR-Vorstandsvorsitzende Galina Ortmann und einem Grußwort der stellvertretenden Vorsitzenden des Göttinger Integrationsrates Irina Schnar hat DGB-Mitarbeiterin Naciye Celebi-Bektas das Netzwerk „Migrantinnen und Arbeitsmarkt in Niedersachsen“ vorgestellt, gefolgt von einer Frage- und Diskussionsrunde mit den Delegierten und Gästen im Plenum. Am Nachmittag hat Dr. Ingeborg Beer von „Stadtforschung + Sozialplanung Berlin“ Quartiersentwicklung als Diver-

sitäts- und Teilhabestrategie vorgestellt. Zum Abschluss berichtete Christina Hammer von der Stadtverwaltung Göttingen über das Konzept der Gemeinwesenarbeit zur Förderung gesellschaftlicher Teilhabe in den Quartieren. Die Tagung hat der NIR in Kooperation mit dem Integrationsrat der Stadt Göttingen durchgeführt.

Wir danken den Kolleginnen und Kollegen für die organisatorische Unterstützung sowie Stadtrat und Verwaltung der Stadt Göttingen für ihre Gastfreundschaft.



Stadt Göttingen



Frau Dr. Carola Reimann begrüßte die Anwesenden zur 35 jährigen Jubiläumsveranstaltung des Niedersächsischen Integrationsrates in Göttingen und dankte herzlich für die Einladung. Sie bedankte sich für die hervorragende Arbeit des NIR über einen so langen Zeitraum. Schwerpunkte ihrer Rede konzentrierten sich u.a. auch auf die Gleichstellung der Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Frau Dr. Carola Reimann (Nds. Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung) eröffnete die Jubiläumsveranstaltung mit einer Rede.



Galina Ortmann (Vorsitzende des NIR) sprach Grußworte an die Delegierten und anwesenden Gäste. Sie bedankte sich für die positiven Worte von Frau Dr. Reimann.



Frau Petra Broistedt (Stadträtin) begrüßte alle Anwesenden. Frau Broistedt erzählte aus der bunten und weltoffenen Stadtgeschichte Göttingens. Schwerpunkt legte sie auf die Integrationsarbeit des Göttinger Beirates. Anschließend erzählte sie die Geschichte der „meist geküssten Frau der Welt“, dem GÄNSELIESEL, welches in Göttingen auf dem Marktplatz steht.



Die Tagung fand im Rathaus der Stadt Göttingen im Saal THORN statt.



v.L. **Achim Weber** (Geschäftsführer des NIR), **Galina Ortmann** (Vorsitzende des NIR), **Frau Dr. Carola Reimann** (Nds. Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung), **Antonia Martin Sanabria** (stv. Vorsitzende des NIR), **Petra Broistedt** (Stadträtin), **Dr. Gülşan Yalçın** (stv. Vorsitzende des NIR), **Irina Schnar** (stv. Vorsitzende des Integrationsrates der Stadt Göttingen)



„Göttinger Quartiere – Gemeinsam geht mehr“ - **Stärkung der Gemeinwesenarbeit zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration.**
Vortrag von Christina Hammer

Die Integration von Zuwanderern, die Gefahr der zunehmenden Isolation von bspw. von Armut betroffenen, Alleinerziehenden und Älteren, eine subjektiv wahrgenommene Spaltung der Gesellschaft und die Abnahme des gesellschaftlichen Zusammenhaltes als auch die Diskriminierung von verschiedenen Bevölkerungsgruppen bilden aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen von Städten, denen auch die Stadt Göttingen begegnen muss.

Stadtteil-, Nachbarschafts- und Quartierszentren können hier eine wichtige Funktion übernehmen, indem sie Raum für wohnortnahe Begegnung, Austausch und Integration bereitstellen.

Über die Anwendung des Ansatzes der Gemeinwesenarbeit als ein Konzept der sozialen Arbeit fördern sie das nachbarschaftliche Miteinander, die sozialräumliche Vernetzung, als auch die gleichberechtigte Teilhabe und Aktivierung der Bevölkerung und können so die Abwärtsdynamik eines Quartiers aufhalten oder präventiv unterbinden.

Im Rahmen des vom Land Niedersachsen geförderten Modellprojektes „Göttinger Quartiere – Gemeinsam geht mehr“, werden derzeit in der Stadt Göttingen an zwei zusätzlichen Standorten Nachbarschafts- und Quartierszentren entwickelt.

Zeitgleich wurde, koordiniert über die Stadt Göttingen, ein Netzwerk aller bestehender Stadtteil-, Nachbarschafts- und Quartierszentren eingerichtet mit dem Ziel einheitliche Qualitätskriterien und eine gemeinstädtische Strategie der Gemeinwesenarbeit zu entwickeln und darüber die Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration zu stärken.



Dr. Ingeborg Beer stellte angesichts der Vielfalt von Zuwanderungsbiographien das traditionelle Integrationsverständnis in Frage. Das Bild, wonach eine Minderheit in die Mehrheitsgesellschaft eingegliedert werden soll, entspricht immer weniger der Realität, während das Leitbild „Diversität“ an Bedeutung gewinnt. Damit Stadt- und Quartiersentwicklung gerecht werden und zum sozialen Zusammenhalt beitragen können sind inklusive Teilhabeprozesse erforderlich: Auf Dazugehören und Mitentscheiden kommt es an.

Integrationsbeirat der Stadt Delmenhorst tritt dem Niedersächsischen Integrationsrat (NIR) bei

Presseinformation des NIR vom 28.10.2019

Auf Einladung des Vorsitzenden des Integrationsbeirates der Stadt Delmenhorst, Pedro Benjamin Becerra, haben die NIR-Vorstandsvorsitzende Galina Ortmann und NIR-Geschäftsführer Achim Weber am 23. Oktober 2019 den Mitgliedern des Gremiums in einer gut besuchten Mitgliederversammlung in den Räumen der Ezidischen Gemeinde Aufgaben und Ziele des Landesverbandes vorgestellt. Im Vorfeld hat-

ten die NIR-Vorsitzende Ortmann und der Beiratsvorsitzende Becerra zahlreiche Sondierungsgespräche untereinander und mit Verantwortlichen der Stadt Delmenhorst geführt.

Die Sitzung des Integrationsbeirates stand unter dem Motto „Netzwerke – Vielfalt macht uns stark“. Nach einstündiger Vorstellung und Diskussion beschloss die Mitgliederversammlung einstimmig, dem

Niedersächsischen Integrationsrat beizutreten, um gemeinsame Ziele auf Landesebene umzusetzen. Am 10. November 2019 wird das Plenum des NIR in Göttingen über die Aufnahme des Integrationsbeirates der Stadt Delmenhorst entscheiden. Die beiden designierten Delegierten aus Delmenhorst, Ewa Brüggemann und Pedro Benjamin Becerra, werden an dieser Sitzung teilnehmen.

Wir freuen uns auf eine gute und erfolgreiche Zusammenarbeit!



V.l.n.r.: Galina Ortmann, Pedro B. Becerra, Gülistan Ak (Schriftführerin), Ewa Brüggemann (stv. Vorsitzende), Andreas Brüggemann (Schatzmeister)



Pedro B. Becerra dankte für die Aufnahme im NIR und berichtete vom Engagement des Integrationsbeirates Delmenhorst.



Als Dankeschön für die Aufnahme und erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem NIR, überreichte **Ewa Brüggemann** dem Vorstand ein kleines Geschenk.



Bernadette Zettelmann (Vors. des Integrationsbeirates Garbsen) nahm Stellung zum NIR-Positionspapier **Integration und Inklusion in Schulen**: „Kanzlerin Merkel“ hat sich in Berlin mit 50 Lehrern getroffen, um über Integration von Flüchtlingen an Schulen zu sprechen. Nachdem, was die Kanzlerin erfahren hat, sagte sie: „Wenn die Klassen zu groß und die Zahl der Lehrer zu gering ist, lassen sich die Probleme schwerer lösen, als wenn man die personellen Möglichkeiten hat.“

Daran muss sich etwas ändern

Der Niedersächsische Integrationsrat fordert die Landesregierung auf:

1. Die Teilungsgrenze bei der Klassenbildung in den Schulen zu senken, um die Klassenstärken entsprechend zu reduzieren. Nur so werden sich die Probleme besser lösen lassen.
2. Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf - ganz gleich ob mit oder ohne Migrationshintergrund - benötigen eine Förderung. Für die Schulen sollten personelle und sachliche Grundlagen geschaffen werden, damit die Förderung der einzelnen Schülerinnen und Schüler gelingt. Eine konsequente und gewinnbringende Umsetzung der Inklusion gelingt nur, wenn genügend Ressourcen bereitgestellt werden.



Galina Ortman berichtete aus der Arbeitsgruppe
Verankerung in der Kommunalverfassung

Verankerung der Integrations- bzw. Migrationsbeiräte in das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)

Nach Gesprächen der Vorstandsvorsitzenden mit Vertretern von kommunalen Spitzenverbänden (u. a. Dr. Marco Trips, Präsident des Nds. Städte- und Gemeindebundes) schlug sie in der Vorstandssitzung am 05.08.2019 vor, die „Verankerung der Integrations- bzw. Migrationsbeiräte in das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)“ in einer vierten Arbeitsgruppe voranzutreiben. Der Vorstand beschloss daraufhin einstimmig die Einrichtung einer „AG Verankerung“.

Ziel
Formulierung von Empfehlungen zur Verankerung der Integrations- bzw. Migrationsbeiräte in das NKomVG unter Berücksichtigung von Praxiserfahrungen aus NRW, Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Diesen Beispielen folgend wollen wir politische Gespräche bezüglich einer gesetzlichen Verankerung der Beiräte in das NKomVG aufnehmen und unser Vorhaben mit einem Antrag an die Kommission für Fragen der Migration und Teilhabe in den Nds. Landtag einbringen.

Experten: Ralf Sabelhaus, Fikret Abaci
Wissenschaftliche Begleitung
Der Arbeitsschwerpunkt „Verankerung NKomVG“ wird wissenschaftlich begleitet durch:

□ Hannes Schammann ist Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Migrationspolitik an der Universität Hildesheim und Mitglied in zahlreichen Gremien zur Migrationspolitik. Sein aktueller Schwerpunkt ist die Rolle der Kommunen.

□ Thomas Groß ist Professor für Öffentliches Recht, Europarecht und Rechtsvergleichung an der Universität Osnabrück.

□ Prof. Dr. Petra Bendel ist stellvertretende Vorsitzende des SVR, Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats des BAMF und Mitglied der „Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit“.

Die Empfehlung der Experten lautet, dass die Verankerung im Rahmen der Änderung des NKomVG erfolgen sollte.



Abdou Ouedraogo berichtete aus der Arbeitsgruppe
Antirassismus, Extremismusprävention und Demokratieförderung

Die AG „Rassismus“ des Niedersächsischen Integrationsrates fordert:

1. Eine konsequente und lückenlose Aufklärung aller rechten Gewalttaten. Die Politik und die zuständigen Behörden müssen mehr Einsatz für den Schutz von bedrohten Menschen zeigen und eine menschenwürdige Asyl- und Flüchtlingspolitik verwirklichen.

2. Migration gehört zu Deutschland. Rassismus, Diskriminierung und Rechtsextremismus verhindern Integration. Das Land Niedersachsen muss ein klares Zeichen für Humanität setzen und auf allen Ebenen entschieden gegen Rassismus, Extremismus jeder Art und Antisemitismus vorgehen. Dazu gehören auch effektive Maßnahmen gegen Hetze und Hass im Internet.

3. Integration braucht demokratische Teilhabe. Die Migrant*innen und ihre Selbst-Organisationen (MSO) sind wichtige Partner*innen bei der Mitwirkung, Mitgestaltung und Miteinscheidung im Integrationsprozess. Eine ernsthafte Teilhabepolitik kann nur mit der Beteiligung von MSO funktionieren - und auf Augenhöhe.

Die AG „Rassismus“ fordert weiterhin konkrete integrationspolitische Maßnahmen:

4. Antidiskriminierungspolitik muss fest verankert werden – Wir brauchen eine Antidiskriminierungsstelle für Niedersachsen!

5. Ein niedersächsisches Partizipations- und Teilhabegesetz für Gleichstellung und Mitbestimmung als verbindliche Basis für Integration, damit die MSO ihre Arbeit besser auf- und ausbauen können.

6. Die umfassende Weiterentwicklung der interkulturellen Öffnung in allen Bereichen (besonders mehr Migrant*innen in Führungspositionen in Verwaltung und Behörden).

7. Politische Teilhabe ist gesetzlich zu garantieren: Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Bürger*innen.

Rassismus führt zu Unmenschlichkeit, Demütigung, Diskriminierung und Gewaltverbrechen. Dem stellen wir uns gemeinsam und entschlossen entgegen: Die Zivilgesellschaft, die Institutionen und jede/r Einzelne von uns kann dabei mitwirken.



Galina Ortman und Frau Dr. Eva Möllring, berichteten aus der Arbeitsgruppe
Politische Teilhabe von Frauen

Mentorprogramm des NIR zur Kommunalwahl 2021

Im Herbst 2021 werden in Niedersachsen die nächsten Kommunalwahlen stattfinden. Jetzt ist also der richtige Zeitpunkt, um sich auf den Weg zu machen, wenn man kandidieren und damit das politische Geschehen in der kommunalen Selbstverwaltung der Gemeinden oder in den Landkreisen mitbestimmen will.

Es gibt in den Gemeinde- und Stadträten sowie in den Kreistagen nur wenige Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und noch weniger Frauen mit dieser Biografie. Das soll sich ändern! Denn dort können wir unsere Erfahrungen und unsere Interessen direkt einbringen.

Der Niedersächsische Integrationsrat (NIR), der als Interessenvertretung der zugewanderten Menschen seit 35 Jahren die Landesregierung berät, bildet für diese Bevölkerungsgruppe eine wichtige Plattform politischer Teilhabe. Seine Mitglieder sind sehr daran interessiert, dass sich dieses Mal mehr Menschen mit Zuwanderungsbiografie auf den Wahllisten finden – und zwar möglichst auf den vorderen Plätzen! Wir möchten Sie deshalb auf diesem Weg aktiv unterstützen.

Zunächst möchten wir Sie anregen, in Ihren Reihen und Netzwerken nach möglichen Kandidaten und vor allem Kandidatinnen Ausschau zu halten. Alle Parteien stellen nämlich viel zu wenig Frauen auf. Es kommt dabei weniger auf die finanzielle Situation an, als auf eine gute Vernetzung und die Lust, in politischen Gremien Verantwortung zu übernehmen.

Dabei hilft es sehr, wenn man sich – möglichst früh – für eine Partei oder eine Wählergemeinschaft entscheiden kann.

Sicher gibt es Fragen, wie denn die politische Arbeit überhaupt funktioniert, wie man hineinkommt und was man dann leisten muss. Hier möchte der Niedersächsische Integrationsrat mit seiner langjährigen Erfahrung als politische Interessenvertretung seine Hilfe anbieten und beraten. Wir können auch gemeinsam dafür sorgen, dass Sie vor Ort Politiker und Politikerinnen finden, die Ihnen als Mentoren ganz praktisch zur Seite stehen.

Bitte melden Sie sich einfach zurück an die Geschäftsstelle des NIR, wenn Sie interessierte Kandidatinnen und Kandidaten gefunden haben.



Ulrich Schleppegrell berichtete aus der AG
Partizipations- und Teilhabegesetz

1 - Was soll das Teilhabegesetz leisten?

Die Teilhabe aller benachteiligter Gruppen an politischen und gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen ermöglichen, dabei die besonderen Belange von zugewanderten Menschen berücksichtigen, eine offene, demokratische, friedvolle und respektvolle Gesellschaft gestalten, jegliche Form von Rassismus und Diskriminierung bekämpfen, eine Kultur der Anerkennung und des gleichberechtigten Miteinanders auf der Basis der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu prägen, zugewanderte Menschen ihren individuellen Fähigkeiten entsprechend fördern, die soziale, gesellschaftliche und politische Teilhabe von zugewanderten Menschen ermöglichen, die Organisationen der zugewanderten Menschen in demokratische Strukturen einbinden und zu unterstützen, Strukturen auf Landes- und kommunaler Ebene, die diese Ziele verfolgen, zu sichern und weiter zu entwickeln.

2 - Teilhabe gesellschaftlich und politisch
Einwanderungs- und Integrationsgesetze dienen (auch) der gesellschaftlichen Selbstverständigung. Das bedeutet, sich darüber zu verständigen, wie das Zusammenleben in einer Einwanderungsgesellschaft aussehen könnte. Wie wollen wir das gemeinsame Leben gestalten?

Modelle und Erfahrungen sind reichlich vorhanden aber Mut zur institutionellen und strukturellen Gestaltung bzw. Erprobung fehlt. Eine gesellschaftliche Teilhabe geht über die politische Teilhabe.

Wenn der politische Wille vorhanden ist, dann finden sich auch Wege. Ziel ist es, eine offene, friedvolle und respektvolle Gesellschaft zu gestalten, in denen jegliche Form von Rassismus und Diskriminierung bekämpft wird und die „Politik“ den Weg dafür ebnet.

3 - Teilhabe kulturell und emotional
Diverse Lebensformen finden Raum und Akzeptanz (individuellen Lebensentwürfen, nach Lebensqualität und Selbstverwirklichung von Menschen in unsere Gesellschaft). Gegenseitige volle Verantwortung für die Gemeinschaft. Flexible Bildungssysteme.

4 - Fazit
Soziale, gesellschaftliche und politische Teilhabe, Diskriminierungsverbot, Inklusion und Vielfalt stehen in Wechselwirkung zueinander. Bedarf ständiger Abgleich von Theorie und Praxis. Bedarf flexible und offene Bildungssysteme.

Kooperation mit dem Nds. Städte- und Gemeindebund



V.l.n.r.: Dr. Marco Trips, Galina Ortman, Ralf Sabelhaus, Achim Weber, Oliver Kamlage

NIR-Vorsitzende Galina Ortman, Geschäftsführer Achim Weber und Verwaltungsexperte Ralf Sabelhaus trafen am 08.11.2019 in Hannover mit dem Präsidenten des Nds. Städte- und Gemeindebundes Dr. Marco Trips und Geschäftsführer Oliver Kamlage, u.a. zuständig für Integration, Zuwanderung, Verfassungs-, Asyl- und Ausländerrecht, zusammen.

Intensiv wurden Standpunkte zur aktuellen Integrationspolitik auf Landes- und kommunaler Ebene ausgetauscht. Schwerpunkte waren die Themen Migrations- und Teilhabegesetz, Aufgabe, Stellung und wichtige Funktion der Migrationsbeiräte sowie die Frage, wie die Behörden auf die

Veränderungen in der Gesellschaft und der Bevölkerungszusammensetzung in Städten und Gemeinden in Niedersachsen konzeptionell reagieren. NIR-Vorsitzende Galina Ortman war sehr erfreut über die Offenheit der Verbandsvertreter.

„Insbesondere an Fragen der Vermittlung Interkultureller Kompetenz waren die Vertreter des Spitzenverbandes sehr interessiert und möchten auf die Expertise der niedersächsischen Migrationsbeiräte zurückgreifen“, freute sich Galina Ortman. Aber auch darüber hinaus wurde vereinbart, bei wesentlichen zukünftigen Veränderungen in der Integrationspolitik miteinander zu sprechen.



HANNOVER - Neuauflage Lokaler Integrationsplan

10 Jahre LIP - Zukunftskongress am 15. Juni 2019

2008 wurde der Lokale Integrationsplan (LIP) vom hannoverschen Stadtrat beschlossen, um der Landeshauptstadt einen Leitfaden für Integration und Einwanderung zu geben. Nach zehn Jahren wird nun im Rahmen eines großen Zukunftskongresses am 15. Juni 2019 in der Warenannahme des Kulturzentrums Faust Bilanz gezogen. Organisiert wird die Veranstaltung von dem Migrant*innenselbstorganisationen-Netzwerk MiSO, dem interkulturellen Verein kargah und dem Kulturzentrum Faust unter Beteiligung von Stadträtin Konstanze Beckedorf. Gemeinsam mit Hannoveraner*innen mit und ohne Migrationsgeschichte sollen aktuelle migrationspolitische Fragestellungen diskutiert und die Inhalte des Lokalen Integrationsplans (LIP) kritisch unter die Lupe genommen werden.

Im Rahmen des Zukunftskongresses waren eine Reihe von Workshops und Diskussionen in den Themenfel-

dem Demokratie, Stadtleben und Erwachsenenbildung. Bettina Doering von der Stadt Hannover, Bereichsleiterin für Migration und Integration, begrüßt den Zukunftskongress, der Teil einer umfangreichen Veranstaltungsreihe im Jubiläumsjahr des LIP ist: „Wir sind als Landeshauptstadt sehr dankbar, dass das Engagement für die Weiterentwicklung des Lokalen Integrationsplans so groß ist. Wir brauchen die Expertise der Zivilgesellschaft. Wir wollen gemeinsam mit den Erfahrungen der Vergangenheit die Zukunft gestalten.“

Um diese Frage ging es dem Landtagsabgeordneten Belit Onay, Oberbürgermeister-Kandidat der Grünen, in seinem Redebeitrag auf dem Zukunftskongress bei Faust am 15. Juni 2019. Im Falle seiner Wahl zum Oberbürgermeister wäre der LIP „eines meiner zentralen Handlungsfelder“, so Onay auf Nachfrage. Unter Stephan Weil war der Lokale Integrationsplan tatsächlich mal Chefsache, unter seinem Nachfolger Stefan Schostok dann nicht mehr, da dieser mit dem „Bürgerdialog Hannover

2030“ andere Schwerpunkte setzte. Die rund 100 Teilnehmenden auf dem Kongress zu „10 Jahre LIP“ waren sich darüber einig, dass der Integrationsplan im hannoverschen Rathaus zukünftig wieder ganz oben angesiedelt werden muss. Aktuell beginnt der Prozess der Neuaufstellung, der im Jahr 2020 abgeschlossen sein soll. Als Vorstandsmitglied von MiSO nahm auch Dang Chau Lam bei der Zusammenarbeit mit der Stadt Hannover zur Vorbereitung der LIP-Auftaktveranstaltung teil, geplant im Januar 2020, im Haus der Jugend, Hannover. Bereichsleiterin für Migration und Integration der Landeshauptstadt Hannover, einen Input zum Thema Integrationsarbeit in Hannover. „Wir sind offener geworden für einen engeren Austausch mit Migrant*innenselbstorganisationen“ sagte Doering.

Dang Chau Lam



OLDENBURG - Integrationskonzept

Auf der Tagesordnung der letzten Sitzung des Integrationsausschusses am 29.10.2019 stand der „Bericht aus dem NIR“. In zurückliegenden Sitzungen wurde bereits mehrmals durch die Delegierten über die gewesenen Sitzungen des NIR berichtet. In diesem Fall hatte die Verwaltung den TOP von sich aus gesetzt, was sehr zu begrüßen ist, weil dadurch deutlich wird, dass die Beteiligung der Stadt Oldenburg an der Arbeit des NIR durch ihre Delegierten wahrgenommen wird. Im Verlauf der Sitzung kam es leider nicht mehr zu dem Bericht. Grund hierfür war eine lange und kontroverse Diskussion des Integrations-

konzeptes. Der Bericht wurde auf die nächste Sitzung vertagt. Die Integrationsbeauftragte hatte in der Ausschusssitzung im September den Entwurf des überarbeiteten Integrationskonzeptes vorgestellt. Eine inhaltliche Diskussion und ein Beschluss des Konzeptes sollte in der darauf folgenden Sitzung erfolgen. Die Diskussion verlief sehr kontrovers, mit vielen Anregungen und textlichen Vorschlägen durch die Mandatsträger*innen, die in dem Konzept einzufügen wären. Daraufhin wurde beschlossen, die Beschlussfassung zu vertagen. Inhaltliche und textliche Ergänzungen und Anregungen sollen nun schriftlich

eingereicht werden und in der nächsten Ausschusssitzung zur Beschlussfassung gestellt werden.

Die beratenden Mitglieder des Ausschusses haben sich nun dazu verabredet, das Konzept gemeinsam zu diskutieren und (ggf.) textliche und inhaltliche Ergänzungen für die kommende Sitzung des Ausschusses zu erstellen.

Wenn das Konzept durch den Ausschuss und im Folgenden durch den Rat der Stadt beschlossen ist, wird es den Delegierten des NIR zur Verfügung gestellt.

Ulrich Schleppegrell

OSNABRÜCK - Mentoringprogramm DEMOKRATIE.MACHT.INTEGRATION

Obwohl in Osnabrück rund 30 Prozent der Menschen einen Migrationshintergrund vorweisen, ist von dieser Bevölkerungsgruppe niemand im Rat der Stadt Osnabrück vertreten. Um Menschen mit Migrationshintergrund den Zugang zur Kommunalpolitik zu erleichtern, haben der Migrationsbeirat Osnabrück, die Ratsfraktionen und die Verwaltung das vom Migrationsbeirat initiierte Mentoring-Projekt DEMOKRATIE.MACHT.INTEGRATION gestartet. Die Idee hinter dem Projekt: Ein Mit-

glied des Stadtrates wird 2020 zum Mentor oder zur Mentorin für eine interessierte Person mit Zuwanderungsgeschichte, beim Politik-Mentoring Mentee genannt. So werden Duos gebildet, bei denen Osnabrücker Kommunalpolitiker/-innen ihr Fachwissen und Erfahrungen an Mentees weitergeben. Der oder die Mentee begleitet seine/n Mentor/-in im politischen Alltagsgeschäft, erhält Einblicke in die konkrete Gremienarbeit der Fachausschüsse und des Stadtrates und führt Gespräche über den Poli-

tikalltag sowie Wünsche und Ziele. Online-bewerben und informieren können sich Interessierte unter (Link:) <https://www.osnabrueck.de/migrationsbeirat/> bis zum 31. Januar 2020. Auch im Hinblick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen im Jahr 2021 werden interessierte Frauen und Männer gesucht, die sich kommunalpolitisch engagieren wollen. Politisches Mentoring war auch ein Schwerpunktthema des NIR auf seiner Mitgliederversammlung in Osnabrück im Juni 2019.



Foto: Vonstein, Text: Sabelhaus, Stadt Osnabrück

Auf dem Foto von links: Frau Nintemann, Frau Wilmes, Vorsitzender Herr Haziri, jeweils vom Migrationsbeirat, Frau Feldkamp, Ratsvorsitzende, Frau Pötter, Vorstand, und Herr Sabelhaus, Verwaltung.

AUS DEN KOMMUNEN GÖTTINGEN - Modellprojekt CEDAW

Politische Partizipation von Frauen – CEDAW in Niedersachsen umsetzen. An drei Modellstandorten in Niedersachsen soll die Vernetzung der Gleichstellungspolitik sichtbar gemacht und gestärkt werden. Das Projekt wird von Gleichberechtigung und Vernetzung e.V. in Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und der Unterstützung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung durchgeführt.

Thematisch soll dabei auf die Grundlagen des Übereinkommens der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) zurückgegriffen werden. In Göttingen geht es um das Thema:

„Politische Partizipation von Frauen“, d.h. um die Teilhabe und Beteiligung von Frauen in der Politik, an der politischen Willensbildung und an Entscheidungsprozessen in politischen Gremien und Vertretungen.

Der Integrationsrat Göttingen beteiligt sich an dem Modellprojekt und hat hier insbesondere die politische Beteiligung von zugewanderten Frauen im Blick. In Migrantenselbstorganisationen beträgt der Frauenanteil ca. 50 Prozent. Bei den Kandidaturen für den Integrationsrat 2017 immerhin 44 Prozent, bei den Mandaten dann 27 Prozent und im Rat der Stadt Göttingen 0 Prozent.

Hier ist Empowerment gefordert. Es gilt das Potenzial, das sich in den

Kandidaturen zeigt, zu unterstützen und in einem ersten Schritt zu fragen, was zugewanderte Frauen brauchen, um erfolgreich politisch teilzuhaben. Hierzu haben das Gleichstellungsbüro und der Integrationsrat zwei Workshops mit interessierten Frauen organisiert. Viele Frauen mit Migrationshintergrund wollen sich engagieren, wissen aber nicht wo, die Frauen wünschen sich mehr Aktivitäten vom Gleichstellungsbüro und Integrationsrat in den sozialen Medien, etwa Facebook und Instagram. Generell gäbe es zu wenige Vorbilder für Migrantinnen, die sich engagieren wollen, so eine Teilnehmerin.

Birgit Sacher

Akquise neuer Mitglieder für den NIR

HOLZMINDEN STADT UND LANDKREIS

MITTWOCH, 18. DEZEMBER 2019

13

Migrationsrat kann jetzt gegründet werden

Diskussionsrunde in der HAWK in Holzminden zeigt mehr Interesse als erwartet



Der Vorlesungsraum war gut besetzt.



Angeregte Diskussion: Politik und Verwaltung stellen sich den Fragen der Bürger.

HOLZMINDEN (r). Die Versammlung in der HAWK in Holzminden hat nun geklärt: Es gibt genug Interessenten und Kandidaten, die im Migrationsrat für Holzminden mitarbeiten wollen. Die Studiengruppe um Prof. Litges und Julia Besche hatte eingeladen und überraschend viele waren gekommen: Diese Informationsveranstaltung sollte zeigen, ob es überhaupt genügend Menschen mit Migrationshintergrund im Landkreis Holzminden gibt, die bereit sind, sich ehrenamtlich an einem solchen Gremium zu beteiligen. Tatsächlich war der Vorlesungsraum gerade noch groß genug für die Vorträge und Gespräche.

Susanne Jacke von der SPD, Peter Ruhwedel von den Grünen, André Nolte von der FDP, Sabine Golczyk von der Linkspartei und Uwe Schünemann von der CDU zeigten durch ihre Bereitschaft, nicht nur den Termin wahrzunehmen, sondern sich den Fragen der Anwesenden zu stellen, dass das Thema von der Politik im Landkreis sehr ernst genommen wird. Landrat Michael Schünemann war zwar selbst verhindert, sorgte aber dafür, dass die Verwaltung durch die Chefin des zuständigen Dezernates, Marie-Luise Niegel, angemessen vertreten war.

Neben Vertretern der Parteien und Verwaltung hatten

die Studierenden den Vorsitzenden des Kasseler Ausländerbeirates und die Sprecherin des Niedersächsischen Integrationsrates eingeladen.

Kreistag wählt den Rat aus

Beide erzählten von ihren Erfahrungen und zeigten auf, wie ein Migrationsrat funktioniert, welche Aufgaben er erfüllen kann und welche Fortschritte, zum Beispiel im Zusammenleben von Migranten und „Ureinwohnern“ bereits erzielt werden konnten. Die aus dem Publikum angemannte Gelegenheit zum informellen Austausch nahm dann nach dem offiziellen Teil noch einige Zeit in Anspruch.

In einer Box waren währenddessen vorbereitete Zettel gesammelt worden, auf denen die Bürger mit Migrationshintergrund ihre Kandidatur kundtun konnten, und zum Ende des Abends fanden sich dort eine ganze Reihe von Bewerbungen. Diese Kandidaten werden nun von der Verwaltung angesprochen, ebenso wie die Bewerber, die von Verbänden, Vereinen und Einrichtungen benannt wurden.

Der Kreistag wird zunächst einen ersten Rat auswählen. Dessen Aufgabe wird es unter anderem sein, für das Jahr 2021 eine Wahl zu organisieren, zu der alle Migranten im Kreis aufgerufen werden.



Galina Ortmann und Fikrat Abaci vom Niedersächsischen Integrationsrat.

NIR ist Gründungsmitglied und Kooperationspartner des Netzwerkes Migrantinnen und Arbeitsmarkt Niedersachsen (NeMiA)

Solidarität als Fundament einer integrativen Gesellschaft – das Netzwerk NeMiA. Im Kern unserer Arbeit geht es darum gehen, gute Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle Menschen in Niedersachsen zu schaffen. Hier warten in den nächsten Jahren viele wichtige Aufgaben, beispielsweise gute und bezahlbare Wohnungen zu schaffen, Bildung zu stärken, den Arbeitsmarkt zu öffnen und Zukunftsinvestitionen zu steigern. Deshalb hat die Vorsitzende des NIR die Initiative ergriffen und den Verband in ein neues Netzwerk geführt. Als „Anwälte“ und Unterstützerinnen der Zugewanderten in Niedersachsen wissen wir um den Stellenwert von Arbeit für Menschen. Deswegen ist es besonders wichtig, dass der Niedersächsische Integrationsrat gute

Initiativen unterstützt. Ein gelungenes Beispiel ist das Netzwerk „Migrantinnen am Arbeitsmarkt“ – kurz NeMiA.



Menschen mit Migrationsbiografie haben größere Schwierigkeiten bei der Stellensuche. Diejenigen, die eine Arbeit finden, müssen häufig mit we-

niger angesehenen, schlecht bezahlt und unsicheren Jobs vorliebnehmen. Ziel von NeMiA ist es, die Integration von Frauen mit Migrationsbiografie in den Arbeitsmarkt zu fördern und Unternehmen, öffentliche Verwaltungen und Verbände dabei zu unterstützen, sich dieser Zielgruppe stärker zu öffnen. Bei den Netzwerktreffen kommen verschiedenste Akteurinnen und Akteure zusammen - aus Unternehmen, Sozialversicherungsträgern, Kammern, Migrant*innen-Selbstorganisationen, sozialen Einrichtungen, Gewerkschaften, Bildungseinrichtungen und Wissenschaft. Sie verbessern gemeinsam die Situation von Frauen mit Migrationsbiografie. So geht „Zusammen.Mehr“!



Foto: DGB Niedersachsen

Talkrunde mit **Dr. Mehrdad Payandeh** (Vorsitzender DGB Nds.), **Tabes Udema** (Unternehmerverbände Nds.), **Marlene Zscherper** (Handwerkskammer Nds.), **Galina Ortmann** (Vorsitzende NIR), **Nadine Golly** (Moderatorin)



nir

Niedersächsischer
Integrationsrat ●

2019